SELBSTWEHR
JÜDISCHES VOLKSBLATT

Einzelnummer Kč 2·–, Abonnement halbjährig Kč 45·– • Redaktion und Verwaltung: Prag I, Dlouhá 41, Telefon 62630

XXXI. JAHRGANG • NUMMER 30 • 8. AB 5697 • 16. JULI 1937

Das jüdische Echo

Prag, 15. Juli.

Die Antwort, die der Peel-Bericht in der jüdischen Welt gefunden hat, ist in überwiegendem Maße ablehnend. Die Nein-Sager haben weitaus die Majorität. Aber es zeigt sich schon jetzt deutlich, daß die Scheidung zwischen den Nein-Sagern und Ja-Sagern, welche unsere patentierten Nein-Sager in die jüdische Welt gesetzt haben, der wirklichen Reaktion des Judentums auf den Kommissionsbericht gar nicht gerecht wird. Es gibt gar keine Ja-Sager, in dem Sinne, wie es Nein-Sager gibt.

Die richtige Unterscheidung ist vielmehr folgende: Es gibt verschiedene Typen von Nein-Sagern. Es gibt Nein-Sager, welche ihr Nein parteipolitisch ausbeuten, es zum Kampfruf machen gegen vermeintliche „Volksverräter", zum Beispiel, sagen wir: gegen Weizmann. Dann gibt es Nein-Sager, welche in ihrem Trompeten-Nein den ersehnten Anlaß finden, ihr Temperament zu betätigen, oder ihre schriftstellerischen Bedürfnisse zu befriedigen; und schließlich gibt es Nein-Sager, welche den weniger effektvollen Weg der konkreten Auseinandersetzung mit den Gedanken und Vorschlägen des Kommissionsberichtes gehen wollen; welche sich mit einem bloßen stilistisch ausgestatteten „Nein" nicht begnügen, sondern der schweren Frage ins Gesicht sehen: Was also dann? Welches ist die andere Alternative? Und schließlich gibt es noch Menschen, welche, wiewohl sie die Peel-Vorschläge unannehmbar finden, dennoch einen Weg suchen, um den Kommissionsbericht positiv-politisch zu verwerten. Können wir ihn nicht trotz seiner Unannehmbarkeit zu einem Mittel umgestalten, das uns vorwärts bringt? Läßt sich die politische und öffentlich-rechtliche Auflockerung unseres Status in Palästina, die vor allem in der Anerkennung des Judenstaatsgedankens liegt, nicht in positivem Sinne verwenden? Hier liegt eine Aufgabe, die natürlich nicht in Artikeln und Reden durchzuführen ist, sondern in schweren Verhandlungen und Ausnützung aller unserer politischen Beziehungen und unserer moralischen Kräfte.

Leider sind nun einmal die geschichtlichen und realen Ereignisse so, das die einfache Reaktion von Ja oder Nein nicht vorwärts führt. Das zeigt der Peel-Bericht sehr deutlich. Ein „Ja" wäre einfach; aber es ist unmöglich. Nie können wir diese Vorschläge akzeptieren; ein „Nein" ist zu wenig. Ein Nein verschließt einen Weg, aber öffnet noch keinen neuen. Darauf aber wird es ankommen. Wir stehen nicht vor einem Scheidewege: Hier Ja, dort Nein. Wir sind in unwegsames Gestrüpp geraten und es heißt: sich einen neuen Weg zu bahnen.

+

In dieser schweren Situation sollen wir uns nicht in Deklamationen verlieren, sondern die Lage genau studieren und alle unsere Möglichkeiten erwägen. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine der wichtigsten Erfordernisse unserer Situation die ist, zu einer einheitlichen Anschauung zu gelangen. Das ist nur durch ehrliche Auseinandersetzung möglich. Wir wollen hier, in diesen Blättern, diesen beiden Voraussetzungen: Studium und Auseinandersetzung dienen, indem wir vor allem den Peel-Bericht selbst, wohl nicht wörtlich, aber doch immerhin in einem etwas umfangreicheren Auszug veröffentlichen, als wir sonst bei ähnlichen Anlässen zu tun pflegen, (daß dies nur in Fortsetzungen möglich ist, ist selbstverständlich), und indem wir einer Anzahl von Artikeln Raum geben, welche den Peel-Bericht von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchten sollen.

F. W.

Protest der Jewish Agency

Wir haben bereits in der letzten „Selbstwehr" einen Auszug aus der Erklärung veröffentlicht, die die Exekutive der Jewish Agency sogleich nach Veröffentlichung des Berichtes der Kgl. Kommission in London publiziert hat. Wir bringen im folgenden den Wortlaut dieser Erklärung.

Der Bericht der Royal Commission schlägt eine Reihe von Palliativmitteln vor, die ein radikales Abweichen von den internationalen Verpflichtungen der englischen Regierung, wie sie im Palästina-Mandat niedergelegt sind, bedeuten. Im Anschluß daran macht die Kommission einen endgültigen Alternativ-Vorschlag: Beendigung des Mandates von 1922 und Aufteilung des Landes.

Ein gründliches Studium dieses umfangreichen und komplexen Dokumentes ist erforderlich, bevor eine wohlerwogene Stellungnahme erfolgen kann; in ein paar Stunden kann das unmöglich geschehen. Innerhalb eines Monates werden die obersten Organe der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency zusammentreten, um die Fragen, die nunmehr vor uns stehen, zu erörtern und zu entscheiden.

Aber wir müssen die dem ganzen Bericht zugrunde liegende Voraussetzung, das Mandat sei von Natur unausführbar, sofort bekämpfen. Die Kommission hat mehrere Monate in Palästina zugebracht und die Untersuchung so gründlich durchgeführt, wie es in einer so kurzen Zeit nur möglich war. Es gab niemals ein aufrichtigeres und ehrlicheres Bestreben, sich mit den Tatsachen der palästinensischen Situation vertraut zu machen. Aber die Kommission kam nach Palästina in einem Augenblick, als das Versagen der Verwaltung des Landes zu einem Zustand völliger Unsicherheit für Leben und Eigentum der friedliebenden Bewohner, der jüdischen sowohl wie der arabischen, geführt hatte. Man hätte niemals zulassen dürfen, daß es so weit kommt, nachdem dieser Zustand einmal eingetreten war.

Es war für jeden, der sich zum ersten Mal mit dem Problem zu befassen hatte, nahezu unmöglich, zu erkennen, wem die Verantwortung zuzuschreiben war. Mit dem Grad von Schwäche, den die palästinensische Verwaltung in letzter Zeit an den Tag gelegt hat, kann man jedes Land in den Zustand der Anarchie zurückwerfen.

Angesichts einer widerwilligen und nicht hilfsbereiten Verwaltung haben wir unser Werk in Palästina getan und Erfolge errungen. Palästina ist ein Ausnahmefall einer prosperierenden Entwicklung in der Nachkriegszeit; in deren Zuge sich der Lebensstandard seiner schnell wachsenden jüdischen und arabischen Bevölkerung wesentlich gehoben hat. Noch mehr hätte erreicht werden können für das Wohl beider Bevölkerungsteile, wenn die Politik des Mandats getreulich ausgeführt worden wäre, und wenn die Verwaltung die elementarste Pflicht jeder Regierung, für Sicherheit zu sorgen, furchtlos und unparteiisch erfüllt hätte. Durchdrungen von dieser Erkenntnis ist unsere Bewegung vereinigt in der Forderung, daß das Mandat loyal und konsequent durchgeführt wird. In einer einstimmigen Resolution hat das Aktionskomitee der Zionistischen Organisation in seiner letzten Sitzung dieser Forderung Ausdruck gegeben.

Die Palliativmittel, die die Royal Commission vorschlägt, sind ebenso wenig wie der Teilungsplan vereinbar mit dem Mandat von 1922. Bevor sie zur Anwendung gelangen könnten, müßte das Mandat vom Völkerbund geändert und das Palästina-Problem aufs Neue international erwogen werden. Wir sehen daher mit Erstaunen, in welcher Weise die Erklärung der englischen Regierung das Prinzip der wirtschaftlichen Fassungskraft für die Regulierung der jüdischen Einwanderung über Bord wirft und unter Verletzung unserer Rechte, der uns gemachten Versprechen in der Vergangenheit, der höchst authoritativen Interpretationen des Mandats durch die englische Regierung, darunter vor allem des Weißbuches von 1922, das dem Völkerbunde vor der Uebertragung des Mandats auf England unterbreitet worden ist, nunmehr ein politisches Maximum für die Einwanderung festsetzt. Wir protestieren aufs schärfste gegen eine derartige Verdrehung in der Anwendung des Berichtes der Kommission.

Der Bericht der Kommission erscheint in einer Zeit, wo für Millionen von verfolgten Juden Palästina die einzige Hoffnung auf Erlösung bildet. Der nächste Zionistenkongreß und der Council der Jewish Agency werden nach sorgfältiger Erwägung des Berichtes der Kommission und der Erklärung der englischen Regierung unsere Politik festzulegen und zu bestimmen haben. Inzwischen richten wir an das jüdische Volk einen Appell, die Ruhe zu bewahren, an die Gerechtigkeit unserer Sache zu glauben, sich den Stolz auf unsere Errungenschaften in Palästina zu bewahren und alle unsere Kräfte zu vereinigen zur Verteidigung unseres unveräußerlichen Rechtes auf unsere historische Heimat und unsere nationale Zukunft in Erez Israel.

Fühlungnahme mit Amerika

London. Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, hat der amerikanische Botschafter in London, R. W. Bingham, im Auftrage der Regierung der Vereinigten Staaten am Freitag eine längere Unterredung mit Außenminister Eden über das Palästinaproblem und im besonderen über die Teilungsvorschläge der Kgl. Kommission abgehalten.

Washington. Staatssekretär Cordell Hull teilte mit, daß im Verlauf des letzten Weekend zwischen der amerikanischen und der englischen Regierung ein zwangloser Meinungsaustausch in der Frage der Teilung Palästinas im Zusammenhang mit dem Bericht der Kgl. Kommission stattgefunden habe. Das State Department (amerikanische Außenministerium) teilte Hull mit, werde noch vor Entscheidung des Völkerbundsrates eine Erklärung über seine Stellungnahme veröffentlichen.

Oskar Aschermann:

Ablehnung und Aufbau

Der 404 Seiten und 9 Karten enthaltende Peel-Bericht ist ein Dokument, das von allen Zionisten und jenen, die sich mit der Palästinafrage befassen, vor allem von den Kongreßdelegierten, gründlich wird studiert werden müssen. Auch bei der entschiedenen Ablehnung, welche den Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Kommission seitens der gesamten zionistischen Organisation bereits heute zuteil geworden ist, muß man anerkennen, daß die Kommission sich gründlich mit der Lage des jüdischen Volkes im Zionismus, Palästina usw. befaßt hat und bemüht war, objektiv zu sein. Dennoch können die Resultate ihrer Untersuchung von uns nicht akzeptiert werden.

Vor allem ist die Kommission zu dem unrichtigen Schluß gekommen, daß das Mandat und die darin enthaltene Balfour-Deklaration undurchführbar seien. Von den drei Punkten, mit denen sie die Undurchführbarkeit des Mandates begründet, sind die ersten zwei nicht stichhältig. Die Versprechungen an die Araber (MacMahon) im Kriege und die an die Juden (Balfour-Deklaration) sind zu oft an dieser Stelle diskutiert worden, um nochmals wiederholt werden zu müssen. Um die Durchführung und Verwirklichung des Punktes 2 (Juden und Araber zu einer palästinensischen Nation heranzubilden) hat sich die palästinensische Regierung nie ernstlich bemüht. Dafür ist der Punkt 3. (Die Schwäche der Palästina-Verwaltung) vollkommen richtig von uns immer behauptet, von der britischen Regierung jedoch nie zugegeben worden.

Der britische Vorschlag bedeutet keine Beendigung des Mandates, wie es im Falle Irak und Syrien der Fall war, sondern ein Zurückweichen von einer übernommenen Verpflichtung.

Betrachtet man die Grenzen des zu schaffenden Judenstaates, so muß man sich die Frage stellen, ob dieses Gebiet auch nur teilweise imstande ist, eine Einwanderungszahl aufzunehmen, die notwendig wäre, um die jüdische Not, von der im Peel-Bericht gesprochen wird, zu lindern. Abgesehen davon, daß beide Daganiah, Hulda und einige neue landwirtschaftliche Siedlungspunkte sowie jüdische Bodenflächen dem arabischen Teile zugeschlagen werden, verbleiben dort auch die Ruthenberg-Werke, welche nur den jüdischen Teil mit Strom versorgen, sowie auch die jüdischen chemischen Werke am Toten Meer, welche die größte Industrie Palästinas darstellen und zu einer der großen Hoffnungen des Aufbauwerkes gehörten.

Der bisher unerforschte, große, kaum bewohnte südliche Teil des Landes, der Negew, wurde den Arabern als Siedlungsreserve zugeschlagen. Wenn der Negew je besiedelt werden kann, so kann es nur durch Juden geschehen, denn nur diese haben bisher bewiesen, daß sie solche Pionierarbeiten, welche nicht nur große wirtschaftliche, sondern auch moralisch Investionen erfordern, leisten können. Ueberdies besitzen die Araber genügende Bodenreserven in allen Teilen Ostjordanlands, welches ja ganz dünn bevölkert und zum großen Teile von Nomaden bewohnt ist.

Die Abtrennung Jerusalems von Erez Israel wird vom jüdischen Volke nie anerkannt werden. Es ist nicht notwendig, diesen Fundamentalsatz zu begründen. Gewiß wird sich niemand unter den Juden einer Regelung des Schutzes der Heiligen Stätten der anderen Religionen widersetzen, weil kein Jude — trotz gegenteiliger Behauptungen — die Beherrschung dieser Stätten jemals angestrebt hat. Es müßte aber zu einer ewigen Unzufriedenheit führen, wenn man vom Judenstaate Zion abtrennen wollte.

Die Subventionen an den neuen arabischen Staat müssen wir ablehnen, aber wir müssen auch die Begründung derselben durch die Kommission auf das schärfste bekämpfen.

Dasselbe ist mit den Eventuallösungen der Fall, welche der Peel-Bericht vorschlägt, wenn der Teilungsplan nicht angenommen würde. Die meisten von ihnen, insbesondere den Punkt bezüglich Beschränkung der Aliah auf fünf Jahre auf 12.000 müssen wir auf das entschiedenste ablehnen.

Nach den Stimmen der führenden englischen

Zeitungen und nach der Aufnahme des Peel-Berichtes in der englischen Oeffentlichkeit ist zu erwarten, daß das Parlament ihn akzeptieren wird. Allerdings wird die Stimme der Opposition nicht unbeachtet bleiben dürfen, welche der Regierung Schwäche vorwirft. Außerdem müssen auch die Stimmen von militärischer Seite in Betracht gezogen werden, welche aus strategischen Gründen den Teilungsplan bekämpfen. Aber auch für den Fall, daß der Teilungsplan vom englischen Parlament gutgeheißen werden sollte, dürfen wir mit unserem Kampfe in England nicht aufhören; im Gegenteil, wir müssen ihn mit noch größerer Energie durchführen. Dabei wäre es falsch und ein verhängnisvoller Fehler, wenn sich die breiten jüdischen Massen zu dem Glauben verleiten ließen, daß England ein Feind des jüdischen Volkes sei. Der Peel-Bericht ist eher als ein Dokument der Schwäche der Politik des englischen Imperiums zu werten, die sich nicht nur im Punkte Palästinas geäußert hat. Der Peel-Bericht spricht von der traditionellen, englischen Sympathie mit dem jüdischen Volke und davon, daß es im Interesse Großbritanniens liegt, sich das Vertrauen der Judenheit zu erhalten. Wir dürfen in den Anstrengungen nicht erlahmen, die englische öffentliche Meinung für unsere gerechte Sache zu gewinnen.

Genau so wichtig, wenn nicht wichtiger, ist es jedoch, mit den Arabern in Palästina zu einem Uebereinkommen zu gelangen. In dieser Hinsicht haben wir vieles versäumt und haben noch vieles nachzuholen. Es ist bestimmt noch nicht zu spät, aber es kann einmal zu spät werden.

Mit der Annahme des Teilungsplanes durch das englische Parlament, wäre aber unsere Sache noch lange nicht verloren. Er bedarf vorher noch der Zustimmung des Völkerbundes und der amerikanischen Regierung, welche auf Grund des Mandates mit England einen Vertrag abgeschlossen hat. Es scheint, daß es hier die englische Regierung nicht so leicht haben wird. England will, daß die Mandatskommission, welche Ende des Monates tagt, den Verteilungsplan behandelt, es wurden jedoch aus den Reihen dieser Kommission Stimmen laut, daß die Mandatskommission nicht zuständig sei, sondern der Völkerbundrat, welcher erst im Herbst zusammentritt. Dieselben Stimmen besagen, daß es England in anderen Fragen nicht so eilig hat und z. B. den Bericht über die vorjährigen Unruhen in Palästina bis jetzt nicht vorgelegt hat. Nach den Erklärungen des amerikanischen Außenministers Hull und nach der Vorsprache des amerikanischen Gesandten bei der englischen Regierung bekunden die Vereinigten Staaten für die Palästina-Frage ein großes Interesse.

Vor allem dürfen wir aber das Wichtigste nicht aus dem Auge lassen: Die Entwicklung des Palästina-Problems zeigt, daß wir auch nicht für einen Moment den Aufbau des Landes unterbrechen dürfen. Wir müssen seine Intensivität um jeden Preis noch steigern. Denn nur durch den Aufbau schaffen wir jene Tatsachen, welche die Pfeiler unserer Politik sind. Aus diesem Grunde müssen wir die Meinung ablehnen, daß wir eher die beschränkte Einwanderung akzeptieren sollen, als den Teilungsplan. Wir müssen dies genau so scharf ablehnen, wie wir es abgelehnt haben, als seinerzeit von derselben Stelle die Parole: „Stop colonisation" ausgegeben wurde.

Die zionistische Bewegung steht vor einem großen und entscheidenden Kampfe. Der bevorstehende Zionistenkongreß wird eine Reifeprüfung des jüdischen Volkes sein.

Bericht in Genf vorgelegt

Genf. (Palcor.) Die Vorschläge in Bezug auf Palästina sind von der britischen Regierung dem Völkerbund mit der Anregung übermittelt worden, daß der Teilungsplan von der Ständigen Mandatskommission in ihrer für den 30. Juli festgesetzten Sondertagung erwogen werden möge, damit der Völkerbundsrat bei seiner Tagung im September bereits die Empfehlungen der Mandatskommission erhalte. Die Mandatskommission ist ihrer Verfassung nach nicht berechtigt, Vorschläge betreffend die Aenderung oder Anullierung des Mandates in Erwägung zu ziehen ohne ausdrücklichen Auftrag des Völkerbundrates. Der Generalsekretär des Völkerbundes wird die Mitglieder sowohl der Mandatskommission als auch des Rates um ihre Stellungnahme befragen, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Erste Auflage des Peel-Berichtes ausverkauft

London. Die Staatsdruckerei gibt bekannt, daß die erste Auflage des Berichtes der Kgl. Kommission ausverkauft ist. Von der Veröffentlichung an zeigte sich eine ungeheure Nachfrage nach den Exemplaren. Die zweite Auflage ist in Vorbereitung.

Die Haltung der Arbeiterschaft

Tel Awiw. (Palcor.) Die Tagung des Rates der paläsinensischen Arbeiterpartei, an der sich 190 Delegierte aus allen Teilen Palästinas beteiligten, hat einstimmig einen ausführlichen Beschluß angenommen, in dem die Stellungnahme der Partei zu den Empfehlungen des Peel-Berichtes und zur Erklärung der Regierungspolitik zum Ausdruck gebracht wird.

Die Resolution, die aus 12 Absätzen besteht, beschäftigt sich zunächst mit dem Beschluß der Regierung, der gefaßt und verkündet worden sei ohne vorherige Befragung des Völkerbundes und der Regierung der Vereinigten Staaten. Die willkürliche Festsetzung eines Einwanderungsmaximums für sämtliche Kategorien von Immigranten bedeute die Vernichtung mit einem Schlag des ganzen Status der Einwanderung, der auf der Anerkennung des jüdischen Rechtes auf Immigration nach Palästina und des Grundsatzes der wirtschaftlichen Fassungskraft des Landes beruht; auf diese Weise sei die im Mandat enthaltene Verpflichtung, die jüdische Einwanderung zu erleichtern, offenkundig verletzt worden. Die Resolution ruft die Exekutive der Jewish Agency und die jüdische Oeffentlichkeit auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese noch nie dagewesene, weitgehende Beschränkung anzukämpfen.

Zur Königlichen Kommission selbst übergehend, erklärt der Beschluß, daß die Kommission eine Folge der Unruhen gewesen sei, deren Entstehen die Regierung nicht verhinderte und deren Ausbreitung auf den Zusammenbruch der Autorität der Regierung zurückgeführt werden müsse. Die Kommission habe den Auftrag erhalten, bestehende Beschwerden im Rahmen des Mandats zu prüfen; sie habe jedoch die Grenzen ihrer Befugnisse überschritten, sich mit dem Mandat selbst beschäftigt und es als undurchführbar verurteilt. Der Rat der Arbeiterpartei weise ein solches Urteil mit aller Entschiedenheit zurück; nicht das Mandat trage die Schuld an den Bedingungen, sondern die Palästina-Verwaltung, deren Pflicht es sei, das Mandat durchzuführen. Die Verwaltung habe von jeher illoyal gehandelt, indem sie das Mandat sowohl durch Taten als auch durch Unterlassung untergraben habe.

Ferner behandelt die Resolution die beiden Parallelvorschläge der Kommission. Der erste Vorschlag wahre die Form des Mandates, töte aber seinen Geist. Die Einwanderungsbeschränkungen verurteilen das jüdische Volk zum Zustande einer ewigen Minderheit in Palästina; jüdische Kolonisation im Gebirge werde unmöglich gemacht, während Bodenkauf durch Juden in anderen Gebieten entweder ebenfalls unmöglich gemacht oder bedeutend erschwert werde. Dies alles stehe im Widerspruch zu den Verpflichtungen der Mandatarmacht. Außerdem sehe der Vorschlag die Schaffung einer arabischen Agency vor unter Beteiligung von Vertretern der arabischen Staaten, deren Zusammenhang mit Palästina im Mandat nicht anerkannt und deren eigene Zukunft durch ihre Unabhängigkeit im vollen Maße gesichert sei. Der Vorschlag bedeute die Liquidierung des jüdischen Nationalheimes.

Der Rat der Arbeiterpartei erblicke keine Lösung der Frage im zweiten Vorschlag, der vorgebe, einen jüdischen Staat schaffen zu wollen. Die zionistische Arbeiterbewegung sei entschlossen, das größtmöglichste Maß an Unabhängigkeit für das ganze jüdische Volk zu erlangen. Sie sei tief verbunden der Herzl'schen Auffassung vom Judenstaat, deren Zweck nicht die Befriedigung falscher Prestigebestrebungen sei, sondern die Lösung der Judenfrage durch Rettung von Millionen von obdachlosen, erwerbslosen Juden, die politischer und wirtschaftlicher Verfolgung ausgesetzt sind. Der Vorschlag der Kommission eröffne keine Aussicht auf die Absorbierung von jüdischen Massen. Die Einschließung in das Gebiet des Judenstaates von 5,000.000 Dunam, die zum größten Teil bevölkert sind, während große unbevölkerte Gebiete ausgeschlossen sind, stelle einen Versuch zur Einschränkung der Entwicklung des Nationalheimes dar. Während die Balfour-Deklaration anfänglich auf ein Gebiet von 60 Millionen Dunam in beiden Teilen Palästinas angewendet werden sollte, wurde das Nationalheim 1922 auf Westpalästina beschränkt; die gegenwärtige Teilung reduziere es auf ein Fünftel des damals übriggelassenen Gebietes.

Die Resolution zählt die Nachteile des von der Kommission vorgeschlagenen Teilungsplanes auf: Abtrennung von Jerusalem; Ausschließung des Bezirkes Gaza, wo Juden bereits bedeutende Bodenkomplexe erworben haben und große Aussichten auf Ansiedlung vorhanden sind; Sperrung des Negew, wo 60.000 Seelen auf 12 Millionen Dunam leben; Abtrennung der beiden Dagania, der Wiegen der Arbeitersiedlung, und anliegenden Siedlungen sowie des Hauptteiles der Beisan-Ebene; Entziehung des Rutenberg-Werkes und der Potasch-Konzession aus dem Gebiete des Judenstaates. Außerdem werde den Juden in den meisten Städten des zu bildenden Staates das Souveränitätsrecht verweigert; der Judenstaat wird genötigt, dem arabischen Staat einen demütigenden Tribut zu zahlen; während der Uebergangsperiode werden die Juden einer Bürokratie unterstellt, deren Unfähigkeit und Feindseligkeit vollauf erwiesen worden seien.

Aus diesen Gründen sieht die palästinensische Arbeiterpartei keine Möglichkeit, den gegenwärtigen Vorschlag eines Judenstaates anzunehmen. Sie fordert die zionistischen Führer und die Bewegung auf, alle Anstrengungen zu machen, um den Mandatar zur loyalen restlosen Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Volke — Förderung der Einwanderung und der Kolonisation, Wahrung des Landfriedens — zu bewegen.

Zum Schluß bringt die Resolution den tiefen Glauben der Arbeiterpartei an die Gerechtigkeit der Sache der Befreiung der Weltjudenheit und ihre Zuversicht auf den endgültigen Sieg zum Ausdruck.

Brodetsky und Ben Gurin greifen in die Diskussion ein

London. (J. T. A.) Das Mitglied der Executive der Zionistischen Weltorganisation Prof. Selig Brodetzky nahm auf einem Massenmeeting in Leeds scharf Stellung gegen die Vorschläge der Kgl. Kommission. Die Balfour-Deklaration, erklärte Brodetzky, bezog sich auf ein Gebiet von ungefähr 45.000 Quadratmeilen. Nach der Lostrennung Transjordaniens seien noch immer 10.400 Quadratmeilen geblieben. Nun empfiehlt die Kgl. Kommission, daß von diesem Gebiet 1.900 Quadratmeilen den Juden gegeben werden sollen, d. h. weniger als ein Fünftel Westpalästinas. Die Araber werde keine geographische Aufteilung des Landes, wie immer sie aussehen möge, befriedigen, denn sie wollen weniger die Juden loswerden, als die Engländer. Brodetzky wies auf die Schwierigkeiten hin, auf die jeder Teilungsplan notwendigermaßen stoßen müsse. Es stehe außer jedem Zweifel, daß die Juden mit den projektierten Grenzen des jüdischen Staates nicht einverstanden sein können. Keinesfalls könne man z. B. zustimmen, daß die Ruthberg-Konzession von dem Lande losgetrennt wird, dem sie den elektrischen Strom liefert. Kein Volk, das Selbstachtung besitzt, könnte sich mit den Grenzen, wie sie jetzt vorgeschlagen werden, einverstanden erklären.

Der „Daily Herald" veröffentlicht einen Artikel David Ben Gurions, in dem es u. a. heißt: „Die überlegenen Kräfte des britischen Reichs können dem unverteidigten jüdischen Volk alles auferlegen, was sie wollen, genau wie das jüdische Volk in der Vergangenheit der Zerstörung seines Landes durch römische Legionen und in der Jetztzeit der Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland zusehen muß. Aber die Juden können nie den Vorschlag als gerecht ansehen." Ben Gurion stimmt zu, daß die heiligen Plätze aller drei Religionen unter britisches Mandat gestellt werden, doch befänden sich diese in der Altstadt von Jerusalem. Es gebe aber eine Neustadt mit 70.000 jüdischen Einwohnern, und diese könne ebenso mit dem jüdischen Staat verbunden werden wie Jaffa und seine Araber mit dem arabischen.

Die Kongreßwahlen

In der Čechoslovakei

Die Hauptwahlkommission für den XX. Zionistenkongreß hat in ihrer Sitzung vom 11. Juli 1937 folgendes Wahlergebnis zum XX. Zionistenkongreß festgestellt:

Insgesamt waren 20.513 wahlberechtigte Schekelzahler, abgegebene gültige Stimmen 12.148, ungültige 639. Die Wahlbeteiligung betrug rund 62 Prozent.

Es entfielen auf die Liste:

Allgemeine Zionisten	**4292**	**Stimmen**
Arbeitendes Erez Israel	**4331**	**Stimmen**
Misrachi	**2640**	**Stimmen**
Judenstaatspartei	**253**	**Stimmen**
Dr. Margulies	**632**	**Stimmen**

Auf Grund der errechneten Wahlzahl (935) entfielen im I. Skrutinium:

auf die Liste I	4 Mandate	(552 Reststimmen)
auf die Liste II	4 Mandate	(591 Reststimmen)
auf die Liste III	2 Mandate	(770 Reststimmen)
auf die Liste IV	0 Mandate	(253 Reststimmen)
auf die Liste V	0 Mandate	(632 Reststimmen)

Im II. Skrutinium entfielen die noch zur Vergebung gelangenden 2 Mandate auf Grund der größten Stimmenreste laut Art. XIV., Absatz 4, der Wahlinstruktion auf die Listen II und III.

Das Endergebnis lautet daher:

Allgemeine Zionisten	**4 Mandate**
Arbeitendes Erez Israel	**5 Mandate**
Misrachi	**3 Mandate**

Palästina

Auf Grund vorläufiger, nichtoffizieller Zahlen wird Palästina am bevorstehenden Zionistenkongreß durch 124 Delegierte vertreten sein. Diese verteilen sich wie folgt: Arbeiterpartei 89, Misrachi 4, Judenstaatspartei 1, Weltverband Allgemeiner Zionisten 7, Poale Misrachi 13, Weltvereinigung Allgemeiner Zionisten 4 plus 5 Mandate der Gruppe „Kidmah" (Blumenfeld).

Schweiz

Bei den Kongreßwahlen wurde der der Weltvereinigung allg. Zionisten angehörende Dr. Julius Becker gewählt. Zum letzten Kongreß hatte der Misrachi das Schweizer Mandat inne.

Holland

Von den 2228 Stimemn, die in Holland bei den Wahlen zum XX. Zionistenkongreß abgegeben wurden, erhielten die Allgemeinen Zionisten 1068, der Arbeiterflügel 702 und der Misrachi 405 Stimmen. Gewählt wurden der Vorsitzende der Holländischen Zionistischen Vereinigung Dr. A. J. Herzberg und die Vertreterin der Arbeitergruppen Mirjam de Leeuw-Gerzon.

Frankreich

Bei den am 6. Juli in Frankreich abgehaltenen Wahlen zum XX. Zionistenkongreß sind 2400 Stimmen abgegeben worden. Auf Grund der Stimmenverteilung entfallen auf Arbeitendes Palästina zwei Mandate und auf die Allgemeinen Zionisten (A) ein Mandat. Die Delegierten des arb. Palästina sind Marc Jarblum und B. Lifschütz, der Delegierte der Allgemeinen Zionisten Dr. Nahum Goldmann.

In Ostgalizien keine Wahlen

Auf Grund einer Parteivereinbarung finden in Ostgalizien keine Kongreßwahlen statt. Von den dortigen Mandaten wurden je 9 den Allgemeinen Zionisten und den Arbeiterparteien, 3 dem Misrachi und je eines dem Haschachar und der Judenstaatspartei zuerkannt.

Kongreß - Diskussion

Dr. Chajim Hoffmann:

Nüchterne Analyse

Der Bericht der Peel-Kommission stellt uns vor die schwierigsten Probleme. Es soll hier versucht werden, den Bericht und die durch ihn entstandenen Fragen nüchtern und unter bewußtem Verzicht auf jedwede deklamatorische Form zu analysieren. Vorerst seien aber zwei Bemerkungen vorgebracht:

Die in diesem Artikel vertretene Anschauung ist meine Privatmeinung und trägt nicht den Stempel einer parteimäßigen Enunziation, und zweitens sei ungeduldigen Lesern im voraus erklärt, daß ich es für notwendig halte, gegen die Empfehlungen der Kommission zu kämpfen.

Wir müssen anerkennen, daß der Bericht der Peel-Kommission der erste ernste, offenherzige und uns freundlich gesinnte Bericht einer Palästina-Kommission ist. Während die Shaw-Kommission und Simpson absolut parteiisch waren, uns feindlich gegenüberstanden und uns oft mit kleinlichen Mitteln disqualifizieren wollten, kann diesmal von all dem nicht die Rede sein. Der Bericht spricht mit viel Sympathie vom Zionismus. Das Märchen von den landlosen Arabern wird nicht mehr vorgebracht, sondern im Gegenteil wird der Fortschritt anerkannt, welche die zionistische Kolonisation auch den Arabern gebracht hat. Die Scheindemokratisierung des Landes durch einen Gesetzgebenden Rat wird verworfen. Die Kommission wendet sich gegen Versuche einer „Kristallisierung" des Nationalheims in seinem heutigen Umfang und betont, daß England den guten Glauben der Juden, welche im Vertrauen auf die Balfour-Deklaration und das Mandat nach Palästina gegangen waren, nicht enttäuschen und sie nicht den Arabern ausliefern dürfe. Scharfe Kritik wird am Verhalten der Regierung, vor allem in Sicherheitsfragen, geübt. Vergegenwärtigen wir uns, daß der Shaw- und Simpson-Bericht in einer für uns weit weniger kritischen Zeit erschienen ist, so werden wir die Art, in welcher der jetzige Bericht abgefaßt ist, erst richtig würdigen. Allerdings darf diese Würdigung nicht zu einer Preisgabe unseres Standpunktes führen. Wir müssen der Meinung der Kommission die unsere entgegensetzen, aber wir müssen sorgfältig und ernst argumentieren.

Die Grundfrage ist, welche Stellung können wir überhaupt zu **einer** Teilung des Landes einnahmen (nicht zu der vorgeschlagenen allein). Die Kommission geht von folgender Hauptthese aus: Das Mandat beruhte auf der Voraussetzung, daß die zionistischen und arabischen Aspirationen vereinbar sind. Der Glaube an diese Vereinbarkeit schloß die Hoffnung ein, daß es zu einer Zusammenarbeit der beiden Völker und zur Herausbildung eines gemeinsamen palästinensischen Staatsbewußtseins kommen werde. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt worden, man ist an einem toten Punkt angelangt. Die Araber fürchten, von den Juden beherrscht zu werden. Der Widerspruch muß immer ärger werden, denn die aggressive Gegnerschaft der Araber kann nur mit Gewalt gebrochen werden, und ein Regime der Gewalt ist im Widerspruch zur eigentlichen Aufgabe des Mandatssystems, den Völkern zur Selbstverwaltung zu verhelfen. Das Problem sei im Rahmen des Mandats unlösbar. Da die Voraussetzung, daß die beiden Nationen sich in Frieden in die Verwaltung des Landes teilen werden, nicht zutrifft, müsse man das Land teilen. Die Kommission sieht in der Teilung nicht etwa ein Mittel zur Kristallisierung des Nationalheims in seinem heutigen Umfang, sie glaubt vielmehr an die Möglichkeit einer weiteren jüdischen Kolonisation, auch außerhalb des Judenstaates. Die Teilung soll die Widersprüche des Mandats beheben. Sobald die beiden Nationen sich mit ihr abgefunden haben werden und durch Entfall der Reibungsflächen der Friede wieder hergestellt wird, werden vielleicht weitere große Möglichkeiten erschlossen werden. Es wird z. B. im Bericht über Transjordanien gesagt: „Wenn allerdings Harmonie erreicht

werden kann zwischen Juden und Arabern in Palästina, dürften die Araber in Transjordanien sich auch mit einer jüdischen Einwanderung wohl abfinden oder sie sogar begrüßen. Aber insolange Juden und Araber in Palästina im Kampf liegen, können sie nicht irgendwo anders zu einem Einvernehmen gelangen. In Transjordanien, wie in anderen unabhängigen arabischen Staaten kann die Tür für jüdische Unternehmungen nur dann geöffnet werden, wenn freundschaftliche Beziehungen in Palästina geschaffen werden."

Dieser Analyse haben wir den entscheidenden Einwand entgegenzusetzen, daß sie der Regierung keine positive Aufgabe zuweist, daß sie die Dinge statisch und nicht dynamisch sieht. Es ist eine Theorie der Resignation und der Schwäche. Der heutige Widerspruch zwischen den politischen Zielen des Zionismus und der arabischen Nationalbewegung ist wohl augenfällig, und ebenso richtig ist, daß heute die arabische Bewegung den größten Teil der Nation repräsentiert, daß Arbeiter und Fellachen den Effendis und Intellektuellen Gefolgschaft leisten. Aber die Frage ist doch, ob nichts unternommen werden kann, um diese Situation zu ändern. Wir sind zutiefst überzeugt davon, daß es eine aktuelle und eine dauernde objektive Interessengemeinschaft der Zionisten und der arbeitenden arabischen Massen gibt, welche von der zionistischen Kolonisation nur wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Befreiung erwarten können. Eine entschiedenere Regierungspolitik, welche sich den sozialen Fortschritt im Lande hätte angelegen sein lassen, welche eine kühne Agrarreform und einen Landentwicklungsplan durchgeführt den Feudalismus zerstört, das Bildungsniveau der arabischen Massen gehoben, sozialpolitische Einrichtungen geschaffen hätte, hätte die soziale Differenzierung im arabischen Lager beschleunigen und damit den potentiellen Bundesgenossen des Zionismus zu einer wirksamen Kraft machen können. Wir wissen wohl, daß die soziale Differenzierung innerhalb eines Volkes nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen allein ausgelöst werden kann, sondern daß ein Minimum politischer Selbständigkeit, daß der stufenweise Aufbau der Autonomie und eine Demokratisierung der Verfassung eine unerläßliche Voraussetzung hierfür ist. Aber Demokratisierung heißt nicht Etablierung eines Repräsentativsystems auf undemokratischer Basis (gesetzgebender Rat), ihre Grundlage bildet vielmehr die lokale Selbstverwaltung. All das hat die englische Regierung unterlassen, nicht nur in Palästina, sondern auch im Irak, Transjordanien und Aegypten. Sie gab wohl den Arabern dieser Länder die politische Souveränität, gab ihnen arabische Könige und Fürsten, aber sie tat nichts, um die Souveränität des Volkes in diesen Ländern zu sichern. Sie schuf selbständige freie Staaten, aber sie kümmerte sich nicht um die Freiheit des Menschen in diesen Staaten.

Diesen Vorwurf müssen wir erheben und wir müssen deutlich unsere Konzeption herausarbeiten. Der chaluzische Zionismus hat die Legitimation, England anzurufen, daß seine imperialistische Politik es war, welche jene Gegensätze in Palästina hervorrief und verstärkte, die heute zur Aufhebung des Mandats führen sollen. Aber so wichtig die Herausarbeitung unserer Konzeption ist, so sehr sind wir doch verpflichtet, die Realitäten zu sehen und eine realistische Politik zu betreiben. Es ist kaum zu erwarten, daß das konservative England eine die soziale Emanzipation der Kolonialvölker anstrebende Politik betreiben werde, und es wäre verhängnisvoll, zu verkennen, in welcher weltpolitischen Situation wir uns befinden und wie sehr wir — und alle Fortschritts- und Friedensfreunde — auf die Zusammenarbeit mit diesem konservativen England angewiesen sind. Die beherrschende Tatsache der Gegenwart ist der rasante Angriff des Fascismus auf Fortschritt, Demokratie, Sozialismus. Ein Bündnis der Fortschrittlichen mit den Konservativen gegen den aggressiven Fascismus ist das Gebot der Stunde. Der Angriff des Fascismus vollzieht sich nicht zuletzt in dem für uns geopolitisch entscheidenden Feld, im Mittelmeerraum. Die Eroberung Abessiniens und der dadurch ermöglichte Druck Italiens in der Richtung zum Roten Meer, die fascistischen Interventionen im spanischen Bürgerkrieg zeigen uns, daß hier neben dem Donaubecken die Hauptangriffsfläche des Fascismus liegt. Die Demokratie ist in der Defensive. England kann heute im Nahen Osten nicht experimentieren. Es muß um die Sympathie der Völker im Vorgelände des Indiameeres ringen, um die Sympathie ihrer gegenwärtigen politischen Führung. Das heißt nicht, daß England eine einseitige arabische Politik führen muß. Die Favorisierung der Türkei durch England, das wachsende Interesse Englands an Persien zeigen, vielmehr, daß England durchaus zielbewußt auch die Gegenkräfte fördert. Zu diesen Gegenkräften gehören, unabhängig von unserem Willen, auch wir. Aber es muß doch klar sein, daß England heute keine araberfeindliche Politik betreiben kann. In diesem Kräftefeld muß sich heute der Zionismus orientieren, unter Berücksichtigung dieser Momente müssen wir zum Problem der Teilung und der Errichtung eines Judenstaates Stellung nehmen.

Die Arbeiterschaft hat die Eigenstaatlichkeit nie als das Ziel ihrer Bestrebungen betrachtet. Ihr Ziel ist die Errichtung eines möglichst großen, möglichst viel Juden umfassenden, auf eigener Arbeit beruhenden und sich selbst verwaltenden jüdischen Gemeinwesens. Wir wandten uns gegen die Judenstaatsproklamationen, weil die Formel vom Judenstaat einerseits den Inhalt unserer Bestrebungen nicht erschöpfte und andererseits die arabischen Gegenkräfte weckte und stärkte, welche das Wachstum unseres Gemeinwesens zu hemmen imstande waren. Aber man darf nicht in das andere Extrem verfallen. Wenn heute die Errichtung der Souveränität möglich ist, so muß man doch verstehen, daß der Staat das wesentlichste Instrument zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele ist. Unser Ziel ist heute, in kürzester Frist ein möglichst starkes, in sich geschlossenes jüdisches Gemeinwesen in Erez Israel zu errichten. Alles andere ist sekundär. Diese unsere Aufgabe resultiert sowohl aus der Zielsetzung des Zionismus als Lösung der Judenfrage, als auch aus der Erkenntnis, daß die orientalische Welt heute im Umbau ist und daß wir uns in diesen Prozeß des Umbaus nur dann einschalten können, wenn wir zu einem Faktor werden, der nicht mehr weggedacht werden kann, mit dem jeder rechnen muß. Hilft uns der Judenstaat zu einem solchen Wachstum unseres Gemeinwesens, dann darf er nicht verworfen werden. Daß wir nicht alles erreichen, worauf wir Anspruch erheben, rechtfertigt doch noch nicht den Verzicht auf die Souveränität. Der Standpunkt aber, daß wenn die politischen Umstände heute ungünstig sind, wir warten sollen, daß das Judentum zweitausend Jahre gewartet hat, ist vollends unhaltbar. Der Zionismus entspringt aus der heutigen Judenfrage, er ist nur heute möglich und er muß heute realisiert werden; nicht nur, weil das Judentum sonst zugrunde geht, sondern auch weil die Verhältnisse sich inzwischen in Palästina so ändern, daß wir später keinen Ansatzpunkt für unsere Tätigkeit mehr finden werden.

Wenn uns die Teilung die Möglichkeit raschen Wachstums im jüdischen Teil bringt, wenn sie durch Gewährung der politischen Selbständigkeit an die Araber die Reibungsflächen verringert und die soziale Differenzierung unter den Arabern beschleunigt; dann kann sie zum Segen werden. Dann kann sie die Hoffnung rechtfertigen, daß der sich rasch entwickelnde Judenstaat in friedliche Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten tritt und später neue Möglichkeiten jüdischer Kolonisation in den Nachbarländern erschließt, daß um das Zentrum Erez Israels ein Kranz mit diesem Zentrum durch wirtschaftliche und kulturelle Bande verbundener jüdischer Siedlungen entsteht.

Gewiß ist die Teilung nie unser Weg zur Lösung des jüdisch-arabischen Problems. Was wir wollen, haben wir oben skizziert und auch heute soll und muß der Versuch gemacht werden, diesem Weg zum Durchbruch zu verhelfen. Eine Round-Table-Konferenz, ein Programm zur Erschließung des vorderen Orients mögen als Mittel hierzu dienen. Aber wenn dieser Versuch scheitert — und das ist ernsthaft zu befürchten —, dann kann die Teilung ein Weg sein, aus der heute verfahrenen Situation herauszukommen.

Sie kann es sein, unter gewissen Bedingungen. Diese Bedingungen sind zu prüfen. Unsere Kritik an der vorgeschlagenen Teilung betrifft vor allem folgende Gebiete:

1. Größe des Staatsgebietes. Die Teilung kann für uns dann sinnvoll sein, wenn sie größere Möglichkeiten zur Kolonisation eröffnet. Wir sollen in unserem Widerspruch gegen den Teilungsplan nicht übertreiben. Es ist sinnlos zu behaupten, daß das verkleinerte Territorium keinen Beitrag zur Lösung der Judenfrage bietet. Ruppin hat kürzlich darauf hingewiesen, daß es in Westpalästina mit Ausnahme des Negew noch 2,2 Millionen Dunam bewässerbaren Bodens gibt, d. h. die Existenzbasis für zwei Millionen zusätzlicher Seelen. Der Großteil dieser Böden liegt im zukünftigen Judenstaat. Wenn wir diese Tatsache in unserer Diskussion unterschlagen, so laufen wir Gefahr, zwar keinen Eindruck auf die Engländer zu machen, wohl aber Niedergeschlagenheit und Lähmung der Initiative in unseren eigenen Reihen hervorzurufen. Wie wollen wir dann die nationalen Fonde stärken, wie wollen wir die notwendige internationale Anleihe aufbringen! Sicherlich gibt es aber Punkte im Vorschlag der Peel-Kommission, welche auf unseren schärfsten Widerstand stoßen müssen. Es sind dies:

a) die Loslösung Jerusalems vom Judenstaat. Es gibt keinen plausiblen Grund, warum nicht die neuen Stadtviertel durch den Korridor mit dem Judenstaat verbunden werden sollen, analog der Verbindung Jaffas mit dem arabischen Staat.

b) Die Frage des Negew. Der Negew ist die große Hoffnung für jüdische Expansion. Nur jüdische Arbeit und jüdisches Kapital kann

Dr. Wilhelm Sole:

Die Trauer um Jerusalem

Zum 9. Ab

Alljährlich am 9. des Monats Ab, gedenken wir des nationalen Unglücks, das unser Volk vor vielen Jahrhunderten zu dieser Zeit getroffen hat. Einmal war es Babylonien und das andere Mal Rom, das den Untergang des jüdischen Staates — aber nicht des jüdischen Volkes — herbeiführte. Denn die Zerstörung der Mauern Jerusalems hatte noch keineswegs die Zerstörung des jüdischen Geistes zur Folge. Im Gegenteil, erst dann, in der Verbannung, prägte sich jener starke jüdische Geist aus, der berufen war, das jüdische Volk vor dem Untergang zu bewahren. Und es geschah damals zum ersten Male in der Geschichte, — wie dies schon zu jener Zeit die Römer erkannten, — daß die Sieger die Kultur der Besiegten übernahmen. Vorher hatte stets ein politischer oder militärischer Sieg auch eine Unterwerfung des Geistes des besiegten Volkes zur Folge gehabt. Bei uns war dies, wie die Geschichte bewies, nicht der Fall.

Unsere Weisen sagen, der 9. Ab werde einmal, nach der Erlösung, ein Jom tow, ein Feiertag, sein. Damit ist offenbar nichts anderes gemeint, als daß die Trauer des 9. Ab, nachdem wir unser Land wieder aufgebaut haben werden, sich zu einem Freudentag umwandeln wird.

Heute sind wir trotz 40jähriger zionistischer Aufbauarbeit in Erez Israel noch nicht so weit, den 9. Ab als Freudentag feiern zu können. Gerade heute haben wir viel mehr Grund zu klagen, als zu feiern. Sollte wirklich ein Erez Israel ohne Jerusalem entstehen und Jerusalem nicht zu Erez Israel gehören, dann werden die Worte unseres Klageliedes zum 9. Ab eine neue traurige Aktualität gewinnen:

„Echo joschwoh vodad hoir"; wie einsam
ist die Stadt geblieben,

Wenn wir nach den Ursachen der Zerstörung Jerusalems fragen, so finden wir eine Antwort im Talmud: Uneinigkeiten und Streitigkeiten unter den Juden. Und wieder ist es heute nicht anders als damals. Wie anders wäre es gewesen, wenn die Mandatarmacht überzeugt gewesen wäre, daß hinter der zionistischen Idee, wenn schon nicht das ganze Judentum, so doch wenigstens die Mehrheit des jüdischen Volkes steht. Nach der Zahl der Schekalim besitzt aber nicht einmal ein Zehntel des Gesamtjudentums die formelle zionistische Legitimation. Wir leiden noch immer an demselben Fehler wie einst in der Zeit des Unterganges des jüdischen Staates. Auch das gibt uns genug Anlaß zur Trauer. Dazu kommt noch die unerträgliche wirtschaftliche und politische Lage der Juden in der Galuth. Wir leben in einer Zeit, in der noch immer, immer wieder neue Klagelieder, Zioniden und Jeremiaden zu schreiben wären. Wie weit sind wir noch von einer richtigen Erlösung! Wie wenig Anlaß haben wir, den jüdischen Trauertag vom 9. Ab zu übergeben!

In einer Hinsicht freilich unterscheidet sich unsere heutige Trauer um Jerusalem von der Trauer unserer Vorfahren: wir begnügen uns nicht mehr mit bloßem Klagen und Weinen, wir sind aktiv geworden. Darum haben wir auch das Recht zu hoffen, daß der Trauertag um Jerusalem einmal wirklich ein Freudentag sein wird.

In einem Midrasch heißt es: Der Ewige spricht: Ich habe Zion durch Feuer zerstört und werde es durch Feuer wieder aufbauen. Gewiß, durch Feuer! Durch jenes Feuer, das in jedem jüdischen Herzen brennt . . .

Stimmen

Ein Sammelplatz

Der Judenstaatszionismus ist uns doch schließlich mehr als ein Sammelplatz unzufriedener Querulanten und verdrossener Aussenseiter.

(„Die neue Welt“, Wien, zur Niederlage der Judenstaatspartei bei den Kongreßwahlen in der Tschechoslowakei.)

•

Von wem stammt der Teilungs-Plan?

In verschiedenen Zeitungen erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß der Erfinder der Radikallösung einer Teilung Palästinas das Kommissionsmitglied Prof. Reginald Coupland ist. Von ihm sollen auch die wichtigsten Formulierungen des Berichtes stammen.

(„Jüdische Rundschau“, Berlin.)

•

Das „Dritte jüdische Reich“

So klein dieses Land, gemessen an den großen Staaten, auch sein wird, es wird ein Regnum judaicum, ein jüdisches Reich sein — in der jüdischen Geschichte das Dritte Reich. Das erste war um das Jahr 1000 von Saul und Dawid begründet worden. Nebukadnezar hat es zerstört und zwei Menschenalter später hatte der damalige Zionismus nach der Cyrus-Deklaration den vollen Erfolg. Zion wurde wieder aufgebaut, der Tempel neuerlich errichtet. Aber erst das nationale Königtum der Hasmonäer gab dem Zweiten Reiche besonderen Glanz und Unabhängigkeit. Mit der Zerstörung des Tempels durch Titus erlosch der letzte Rest von jüdischer Staatlichkeit, die trotz der heroischen Aufstandsversuche unter Hadrian und Septimus Severus nicht wieder aufgerichtet wurde. Rund 1900 Jahre erlebte das Judentum der Welt das eigenartigste Schicksal in der erdumspannenden Diaspora, und jetzt in der Zeit des universellen Antisemitismus soll wieder ein staatsähnliches jüdisches Gebilde erstehen — das dritte jüdische Reich.

(„Ostjüdische Zeitung“, Cernauti.)

•

Rothschild und Marx

Die Erfurtsche symbolische Synthese von Tradition und pulsierendem Leben, von bewährter Zuständlichkeit und sich bewährender, betriebsamer Bewegung erfährt klärende Betonung in jedem Vortrag: Dr. Wilhelm Grau, der geschäftsführende Leiter der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts beschwor die unheimliche und verderbliche Macht des Finanzhauses Rothschild und seiner gefährlichen Weltbefriedungsidee aus der finanziellen Oekonomie herauf, ein Bild also des jüdischen Sippenplutokratismus. Seine Darstellung gipfelte in der These: „Rothschild und Marx sind Brüder.“

(„Deutsche Allg. Zeitung“, Berlin, über den Historikerkongreß in Erfurt.)

aus dieser Wüste neuen Lebensraum schaffen. Die Kommission will den Negew als Landreserve für die heute im Judenstaat wohnenden Araber benützen und empfiehlt, falls Wasser gefunden wird, eine Umsiedlung der Araber aus dem Judenstaat nach dem Negew, der Jordansecke und Transjordanien nach Art des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches. Wir halten diese Konzeption für grundfalsch und glauben, daß keine Vergleichsbasis besteht. Es spricht alle Wahrscheinlichkeit dagegen, daß die Araber freiwillig aus dem Judenstaat auswandern und die ökonomischen Vorteile, welche sie dort genießen, gegen ein hartes Pionierleben eintauschen wollten. Die Griechen sind schließlich auch nur infolge ihrer militärischen Niederlage umgesiedelt worden. Davon kann in unserem Falle keine Rede sein und wir Zionisten dürfen und werden die Umsiedlung der Araber nicht fondern, wenn wir nicht das Odium der Vertreibung der Fellachen vom Boden auf uns laden und uns einen haßerfüllten Gegner großziehen wollen. Die Lösung muß daher umgekehrt darin bestehen, daß der Negew zum Judenstaat geschlagen wird oder doch zumindest englisches Mandatsgebiet mit Kolonisationsfreiheit für uns bleibt.

c) Schließlich ist die Preisgabe der Kolonien im Jordantal und Beisangebiet, sowie des Rutenberg-Werkes für uns ein außerordentlich schwerer Schlag, der durch eine geringfügige Grenzkorrektur vermieden werden kann. Es ist übrigens von Interesse, daß der „Manchester Guardian“, das uns am sympathischsten gegenüberstehende englische Blatt, die Teilung wohl bejaht, aber für unsere Forderungen bezüglich Jerusalems und des Negew eintritt.

2. Wenn jüdische Souveränität in einem Teil Palästinas uns vielleicht eine große Chance bieten kann, so muß es doch eine reale und keine bedingte Souveränität sein. Die Errichtung eines temporären Mandats über Haifa, Akko, Tiberias und Safed bedeutet eine untragbare Einschränkung der Souveränität. Gewährung von Minderheitsrechten an die Araber ist selbstverständlich. Zur Kontrolle derselben gäbe es aber genügend Möglichkeiten im Rahmen des Völkerbundpaktes und es besteht kein Grund für die Kautschukbestimmung eines temporären Mandats. Dasselbe gilt für eventuelle militärische Konzessionen an England. Ebenso unbegründet ist die Forderung nach einer Subvention, welche wir dem arabischen Staate gewähren sollen. Die Kommission begründet dieses Verlangen damit, daß wir doch dafür die Souveränität erhielten und nicht mehr gezwungen seien, mittelbar zur Hebung der Wohlfahrt der Araber beizutragen. Aber dafür verlieren wir doch bis auf weiteres die Möglichkeit der Kolonisation im größeren Teil Palästinas — und den Arabern gehörenden Boden werden wir auch im Judenstaat für teueres Geld kaufen müssen.

3. Die Errichtung eines Judenstaates ist nur dann von Vorteil, wenn seine Position strategisch haltbar ist. Diese Grundfrage bedarf einer gründlichen fachmännischen Klärung.

4. Schließlich aber darf die Uebergangszeit nicht zur Hemmung des Zionismus verwendet werden. Auf das schärfste müssen wir gegen die von der Regierung beschlossene Beschränkung der Alijah für die nächsten acht Monate ankämpfen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Maßnahme auch im Widerspruch zu den Empfehlungen der Kommission steht. Die Kommission schlägt nur für den Fall, daß es nicht zur Teilung kommt, als „Palliativ“ das Verlangen des Grundsatzes von der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes und die Einführung einer politischen Höchstgrenze von 12.000 Einwanderern jährlich für die nächsten fünf Jahre vor. (Ueberflüssig zu bemerken, daß wir darin einen Frontalangriff auf den Zionismus sehen.) Für den Fall der Teilung aber soll nach den Empfehlungen der Kommission anstelle der politischen Höchstgrenze eine territoriale Begrenzung der Alijah treten. Ihr Umfang soll bestimmt werden durch die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des Landes mit Ausschluß der arabischen Fläche. Die Regierung aber proklamiert heute beides, Teilung und politische Beschränkung der Alijah.

Im Vorstehenden wurde eine nüchterne Analyse der Situation versucht. Nicht eindringlich genug aber kann heute gesagt werden, daß alles auf unsere innere Stärke ankommt. Wir müssen jedwede hysterische Reaktion vermeiden. Es liegt kein Grund vor, die Zerstörung Erez Israels zu beweinen und es liegt gewiß kein Grund vor, Jubelgesänge über den Anbruch der Freiheit anzustimmen. Wir haben heute unsere politische Reife, unsere Fähigkeit, ein staatsbildendes Volk zu werden, unter Beweis zu stellen. Möge diese politische Kraft der Verhinderung eines Scheinstaates oder der Errichtung eines Judenstaates als Ausgangspunkt für weitere Arbeit dienen — wenn wir einig, ernst und verantwortlich sein werden, durchdrungen vom Geist der Arbeit und der Verbundenheit mit dem Lande, entschlossen, uns nicht abschrecken zu lassen, keine Wunder von anderen erwartend, sondern auf uns selbst gestützt, dann werden wir den Weg finden, aus einer Gefahr eine Chance, aus einer Geserah eine Brachah zu machen.

Dr. Martin Lichtner:

An die Ja-Sager

Viertausend Quadratkilometer mißt das Land, das England uns als „Judenstaat“ zumutet, etwa so groß, wie das Großherzogtum Luxemburg. (Mähren ist zirka 6mal so groß!) Würde dieses Land so dicht besiedelt, wie das dichtbesiedeltste Land Europas — Belgien, dann wäre dort Platz für maximal eine Million Menschen. Das heißt, es könnten, selbst nach Evakuierung aller dort lebenden Araber, noch zirka 500.000 Juden ins Land. Zwangsläufig würden diese Juden zu den erbittertsten Gegnern jeder neuen Einwanderung, weil sie auf dem sehr eng gewordenen Boden selbst kaum Platz haben würden, für sich, geschweige denn für ihre Kinder und Kindeskinder. Eingepreßt in den Tälern, zusammengepfercht zwischen Meer und Gebirge, teilweise auf einem Landstrich lebend von 40 Kilometer Breite, also nicht einmal eine Autostunde weit, vor sich in greifbarer Nähe die Berge Judäas, aber unerreichbar geworden, hinter den Bergen, Jeruscholajim, die heilige Stadt, die heute die Universität beherbergt und 70.000 unserer Brüder, abgeschnitten von unserem Leben, eine fremde Stadt geworden für uns alle. Mitten drin, ein zwangsläufig zum Wasserkopf werdendes Tel Awiw und Haifa, ohne Hinterland, ohne wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit, in kurzer Zeit zu Levantestädte werdend, Nalewki hinter Ghettomauern. Kirjath Anavim und der blühende Kranz jüdischer Siedlungen um die heilige Stadt — verdorrend und sterbend im fremden Land — dieser Boden, der getränkt ist von jüdischem Blut, das um jedes Quadratmeters willen, dort geflossen ist. Ruthenbergwerk, die Lebensader des ganzen Landes, die die Brunnen zum Fließen bringt, die Maschinen treibt und Licht auf den Türmen und in den Häusern unserer Menschen erleuchten läßt — nun mitten im arabischen Land, täglich Zerstörung fürchtend. Die Quellen unserer Flüsse und Bäche, drüben im anderen Land, täglich in Gefahr, verstopft und abgeleitet zu werden. Mozah, in dessen Garten Herzls Baum mahnend steht, verdorben und unbetretbar geworden, wo unsere kranken Chawerim Gesundheit und Leben wiederfinden, wenn die Fieberdünste der Ebenen sie niedergeworfen hatten. Ein Spielzeug von einem Staat, wirtschaftlich nicht lebensfähig, politisch ein Nonsens, strategisch ein Spielball jeder größeren Räuberbande auf den Bergen, finanziell angewiesen auf unabsehbare Zeit von der Gebebereitschaft der Golah. Aber diese Gebebereitschaft wird nicht mehr angerufen, um Boden zu erlösen und unseren Brüdern und uns selbst Lebensmöglichkeit und Rettung aus physischer und psychischer Not zu verschaffen, sondern sie wird zur Chalukka für ein versprengtes Häufchen unseres Volkes, das da Staat spielen soll und zur Auffüllung eines Sklavenfondes, den wir dem Nachbarstaat errichten sollen, als Schutzjuden, wie zu den bösesten Zeiten des dunkelsten Mittelalters.

Und dazu sagst Du Ja?

Ich weiß, Du träumst von einer jüdischen Regierung, erstmalig wieder nach zwei Jahrtausenden, Du träumst von jüdischen Gesandten und Konsularbeamten in aller Welt, Du träumst von der Stimme unseres Delegierten am Tisch des Völkerbundes und Du träumst, daß das alles ja nur ein Anfang sei und daß dieser jüdische Zwergstaat, dieses Zion ohne Zion, dieses lächerliche, zu Spott und Hohn herausfordernde Gebilde, dereinst auf Grund dynamischer Gesetze seine Grenzen erweitern werde und Du willst weiter beten zu Deinem Gotte alltäglich und allstündlich: „Im nächsten Jahre in Jeruscholajim“.

Ich weiß, Du hältst Dich für einen Realpolitiker und für einen Feind der Proklamation und des großen Wortes, denn Du glaubst nicht an die Kraft eines verzweiflungsvollen Aufschreies eines ganzen, geknechteten, betrogenen, zu Tode gewürgten Volkes. Du fürchtest Dich vor dem „Nein“, aber Du fürchtest Dich nicht davor, daß jenes verschämt, als „dynamisches Gesetz“, verkleidete Wort — Krieg bedeutet, denn niemals wird der arabische Nachbarstaat freiwillig oder auf Grund von friedfertigen Verträgen ein Stück Boden abtreten. Wir wollen keinen Krieg, wir wollen unser zweitausendjähriges Recht, das nicht durch die Balfourdeklaration, durch den Friedensvertrag von Sevres und durch den Vertrag von San Remo erst Recht wurde, sondern unverändert durch die Jahrtausende Recht gewesen ist. Du vermißt bei uns, den Neinsagern, ein „positives Nein“. Hier hast Du es. Das positive Nein heißt Zionismus, heißt Lösung der Judenfrage und der Judennot, das „positive Nein“ wird Dir erklärt durch einen Blick auf die Landkarte, wo 14 Millionen Araber auf einem Gebiete frei leben, sich selbständig entwickeln, sich souverän regieren, das vielhundertfach so groß ist, als wir für unsere 16 Millionen fordern.

Du sprichst uns das Recht zum Neinsagen ab, weil wir Dir zu wenig geopfert haben für den Aufbau des Landes. Ussischkin steht an der Spitze der Neinsager und in unserem Lande Margulies — ist es Dir zu wenig, daß diese ihr ganzes Sein unserem Lande geopfert haben?

Du bringst historisches Beispiel und glaubst, daß ein Sieg der gemäßigten Partei im alten Erez Israel uns die Golah erspart hätte. Warum stehst Du in Verehrung vor den Männern des tschechischen Volkes, vor Masaryk, Beneš, Štefanik, die wahrlich zu den Revolutionären gehörten und zu den leidenschaftlichen Neinsagern, als man ihnen Oesterreich bot, statt die Freiheit im eigenen, großen, souveränen Staate. Hätten im Lande Gosen die Gemäßigten gesiegt und nicht der Neinsager Moses — dann sprächen wir nicht von Jerusalem in Sehnsucht und heißem Wollen seit zwei Jahrtausenden, sondern Du säßest vielleicht heute in Kairo, als Paria unter den Aegyptern.

Aber Du sagst Ja.

Wir aber sehen die Millionen unserer Brüder, in Not, Elend, Hunger, dem täglichen Pogrom ausgeliefert, die nur eine Hoffnung alle Not ertragen läßt — Erez Israel.

Dein Ja sperrt ihnen den Weg.

Du bist Humanist, Menschenfreund, ein Feind des Unrechtes, der Unterdrückung, der Not, des Hungers der Kinder und der Mütter und die Notgebiete des Erzgebirges haben Dich zur Tat aufgerufen.

Dein Ja aber verewigt die Not der Kinder Karpathorußlands, verewigt die Not der Pariakinder des dritten Reiches und morgen schon kannst Du vor der Frage stehen, was Deine Kinder tun sollen, denn es gibt keine Grenzen des Judenhasses und kein Zollhaus kann ihn zurückhalten.

Du glaubst nicht an die Kraft und Wirksamkeit unseres Nein?

Die nichtjüdische Presse glaubt daran und ein großes Schweizer Blatt, das sonst nicht zu unseren Freunden gehört, hat erst in diesen Tagen geschrieben: Das Nein des Kongresses kann den Teilungsplan unmöglich machen.

Wir wollen kämpfen, mit allen Konsequenzen, aller Leidenschaft, aller Klarheit und aller Deutlichkeit des Willens und hinter uns steht das Volk, denn keine Partei, keine Gruppe, die ihre Delegierten zum Kongreß entsendet, hatte auch nur ein verstecktes Ja auf ihrem Programm. Alle Delegierten, von links bis rechts, ohne jede Ausnahme, haben den Auftrag vom Volke empfangen „Nein“ zu sagen. Du aber machst sie schwankend, schwach und feige mit Deinem Ja.

Wir kämpfen um unser Leben, um unsere Existenz, um unserer Kinder Zukunft willen und wenn Dich ein Räuber im nächtlichen Wald überfällt und Dein Leben bedroht, dann wirst Du nicht diskutieren, nicht nachdenken, welche Folgen Dein Nein haben wird, sondern Du wirst kämpfen und Dich wehren. Aber — auch das sei Dir koncediert. Wenn wir Nein sagen und wenn über alle Hindernisse hinweg, hinweg über alle Verträge, Versprechungen, Bindungen und Schwüre, hinweg über alle Menschlichkeit, Sittlichkeit, Gerechtigkeit, hinweg über alle Gebete, über alle Worte des heiligen Buches, hinweg über alle Rücksichten auf unsere Kinder, auf unsere Zukunft, hinweg über ein Volk, das als einziges in dieser Welt ohne Boden, ohne Heimat, der Prügelknabe für alle bösen Instinkte einer verdorbenen Welt geworden ist, unser Nein wirkungslos bleibt, dann vergiß nicht, daß dieses Nein erklungen ist, leidenschaftlich hinausgerufen in diese ganze Welt, um nicht Unrecht zu Recht werden zu lassen. Wir geben unseren historischen Anspruch nicht auf, heißt dieses Nein, wir geben unser Recht zu leben nicht auf, heißt es, wir wollen Rettung und Leben für uns und wir werden niemals aufhören dieses Recht zu fordern. Dein Ja macht aus Unrecht, Recht, Dein Ja macht aus Unmenschlichkeit, sittliches Recht, Dein Ja bedeutet nicht nur Verzicht, sondern Zustimmung zum Untergang.

Wir aber wollen die Freiheit und wir glauben an sie.

Ist Dein Glaube schwach, ist Dein Auge kurzsichtig, hast Du in diesen Stunden die unendliche Not Deiner Brüder vergessen, dann schweige wenigstens und laß uns handeln.

Die Veröffentlichung in Palästina

Jerusalem. (Palcor.) Der Inhalt des Berichtes der Kgl. Kommission sowie die Erklärung der britischen Regierung sind am 8. Juli, abends 8 Uhr, vom Radiosender Jerusalem in den drei offiziellen Sprachen — Englisch, Hebräisch, Arabisch — bekanntgegeben worden. Die Uebertragung dauerte insgesamt anderthalb Stunden, einschließlich der Ansprache des High Commissioners, die 2½ Minuten in Anspruch nahm. Um die in Cafés und anderen öffentlichen Lokalen aufgestellten Lautsprecher waren Tausende versammelt. Hunderte von Dorfleuten kamen nach Nablus, um die Uebertragung zu hören.

Sir Arthur Wauchope hielt die folgende Ansprache:

„Ich appelliere an die Bevölkerung Palästinas, die von der Kommission geltend gemachten Argumente und ihre Schlußfolgerungen sorgfältig zu erwägen und ihre Stellungnahme erst nach einer Ueberlegungs- und Beratungspause zu beschließen. Ich erkläre, ohne einen Widerspruch zu befürchten, daß in den letzten 18 Jahren die Palästina-Regierung und die jeweiligen Oberkommisare alles versucht haben, um Kooperation zwischen Arabern und Juden zu fördern und die einander entgegengesetzten Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Eine der hauptsächlichen Ursachen der Schwierigkeit, eine Versöhnung herbeizuführen, war die Furcht — ob wahr oder eingebildet — daß die Ambitionen des einen Volkes für das andere Volk eine Gefahr darstellen könnten. Aus diesem Grunde, wie auch aus anderen Gründen, ersuche ich euch alle, die Vorteile, die sowohl Arabern wie Juden aus einer Teilung des Landes erwachsen würden, sorgfältig zu prüfen und zu erwägen, ob ein solcher Plan nicht geeignet ist, die Schwierigkeiten, die Palästina leider in der Vergangenheit zu verwirren pflegten, einschließlich der drei Probleme Selbstverwaltung, Einwanderung, Boden, auf gerechte und praktische Weise zu lösen. Ich hege jetzt die aufrichtige Hoffnung, daß die Teilung eine neue Aera des guten Willens und der Zufriedenheit für Araber und Juden im ganzen Lande eröffnen wird.“

Der Peel-Bericht

Der Bericht der Königlichen Palästina-Kommission ist ein Blaubuch von XIII und 404 Seiten mit 9 beiliegenden Kartenskizzen.

Der Gesamtbericht besteht aus einer Einleitung nebst dem Wortlaut des Ernennungs-Dekretes und drei Hauptteilen. Er gliedert sich wie folgt:

Teil I: Das Problem

Kapitel I. Historischer Hintergrund
1. Die Juden in Palästina. 2. Die Araber in Palästina. 3. Die Diaspora. 4. Der Zionismus.

Kapitel II. Der Krieg und das Mandat
1. Die arabische Revolte. 2. Die Balfour-Deklaration. 3. Die Periode des Aufschub. 4. Das Mandat.

Kapitel III. Palästina von 1920 bis 1936
1. 1920 bis 1925. 2. Die Situation im Jahre 1925. 3. 1926 bis 1929. 4. Die Kontroverse von 1930. 5. 1931 bis 1936.

Kapitel IV. Die Unruhen von 1936
1. Der Verlauf der Unruhen. 2. Der Charakter der Unruhen und die durch sie verursachten Verluste. 3. Die zugrunde liegenden Ursachen.

Kapitel V. Die gegenwärtige Situation
1. Das Jüdische Nationalheim. 2. Der arabische Fortschritt. 3. Der arabische Nationalismus. 4. Die Position der Regierung. 5. Die arabischen und die jüdischen Vorschläge.

Teil II: Die Durchführung des Mandates

Kapitel VI. Administration
1. Palästina unter türkischer Verwaltung. 2. Die Militärverwaltung im besetzten Feindesland 1918—1920. 3. Die Zivilverwaltung 1920—1936. 4. Straßen. 5. Eisenbahnen. 6. Häfen. 7. Die Jewish Agency. 8. Der Oberste Moslemische Rat. 9. Der Vorschlag einer erweiterten arabischen Agency.

Kapitel VII. Oeffentliche Sicherheit

Kapitel VIII. Finanzielle und fiskalische Fragen

Kapitel IX. Boden
1. Das erste Problem: Die zweifache Verpflichtung. 2. Das zweite Problem: Bebaubare Fläche. 3. Das dritte Problem: Bewässerung. 4. Vier Beispiele von Landproblemen: a) Birkat Ramadan; b) Das Hule-Gebiet; c) Beisan; d) Caesarea. 5. Land im Hügel-Distrikt. 6. Landwirtschaft. 7. Wälder. 8. Genossenschaftswesen.

Kapitel X. Einwanderung
1. Beschreibung der Einwanderung unter der Geltung des Einwanderungsgesetzes. 2. Illegale Einwanderung. 3. Die Jewish Agency und ihre Beschwerden die Einwanderung betreffend. 4. Die Kontrolle der Einwanderung. 5. Die Einwanderung und das Nationalheim. 6. Schlußfolgerung.

Kapitel XI. Transjordanien

Kapitel XII. Oeffentliches Gesundheitswesen

Kapitel XIII. Oeffentliche Arbeiten und Dienste

Kapitel XIV. Die Christen

Kapitel XV. Das Naturalisierungsgesetz und die Annahme palästinensischer Staatsbürgerschaft

Kapitel XVI. Erziehung
1. Einleitung. 2. Jüdische Erziehung. 3. Arabische Erziehung. 4. Die gemischten Schulen. 5. Empfehlungen.

Kapitel XVII. Oertliche Verwaltung
1. Die dörfliche Selbstverwaltung. 2. Die Munizipalitäten. 3. Tel Awiw. 4. Empfehlungen.

Kapitel XVIII. Selbstregierungs-Institutionen

Kapitel XIX. Beschlüsse und Empfehlungen

Teil III: Die Möglichkeit einer dauernden Regelung

Kapitel XX. Der Zwang der Verhältnisse

Kapitel XXI. Kantonisierung

Kapitel XXII. Ein Plan der Teilung

Kapitel XXIII. Schlußfolgerungen

Es folgt dann im Anhang das Mandat und einige andere Dokumente.

In dem Kapitel „Palästina 1920—1936" schildert der Bericht die gesamte industrielle, politische und soziale Entwicklung Palästinas in der Mandatsperiode, und stellt dabei fest: „Es soll freimütig anerkannt werden, daß die soziale Tätigkeit der Regierung, obwohl sie direkt oder indirekt dem ganzen Lande zum Segen gereichte, mehr den Arabern als den Juden zugute kam. Das war verständlich genug, ganz abgesehen davon, daß die Araber die überwältigende Majorität der Bevölkerung darstellten."

Der Bericht beschäftigt sich eingehend mit der Entwicklung des jüdischen nationalen Heimes und der gleichzeitig wachsenden arabischen Gegnerschaft, die in einer Anzahl ernsthafter Ausbrüche zum Ausdruck kam. Aeußere Faktoren trugen dazu bei, die Situation immer gefährlicher zu gestalten, nämlich der ständig wachsende Andrang der europäischen Juden nach Palästina und die Entwicklung des arabischen Nationalismus in den benachbarten Ländern. Diese äußeren Faktoren wurden wesentlich verstärkt durch die Aenderung der Verhältnisse in Deutschland und die Verschlechterung der politischen Situation in Polen und Rumänien.

In dem Kapitel

„Die Unruhen von 1936"

stellt die Kommission fest, daß nicht nur die Juden, sondern auch die palästinensische Regierung die Angegriffenen waren. Ein neuer Zug war diesmal die Rolle, die die arabischen Herrscher in den Nachbarländern spielten, die das Ende des Streiks herbeiführten.

Als die eigentlichen Ursachen der Unruhen werden bezeichnet: das Streben der Araber nach nationaler Unabhängigkeit, sowie ihr Haß und ihre Furcht vor der Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte. Daneben wirkten die vergrößerte jüdische Einwanderung seit 1933 und das Mißtrauen der Araber in die Aufrichtigkeit der britischen Regierung.

In dem Kapitel „Die gegenwärtige Situation" heißt es:

„Vor 12 Jahren war das jüdische Nationalheim ein Experiment, heute ist es ein gutgehender Betrieb."

Die neue Note, die seine Entwicklung ins Land gebracht hat, ist die städtische und ländliche Entwicklung, und der Bericht stellt den Gegensatz zwischen dem modernen, demokratischen und vorwiegend europäischen Charakter des Nationalen Heims und der arabischen Umwelt fest.

„Das Nationalheim stellt eine höchst kultivierte, höchst demokratische, politisch sehr interessierte und ungewöhnlich jugendliche Gemeinschaft dar . . . Der Status einer Kronkolonie wäre nicht die angemessene Regierungsform."

Der Bericht verzeichnet das bemerkenswerte Anwachsen der arabischen Bevölkerung seit 1920 und stellt fest, daß es zum Teil in der wachsenden Prosperität Palästinas seinen Grund hat. Viele arabische Landbesitzer haben von dem Verkauf von Boden und der nutzbringenden Investierung des Kaufgeldes profitiert. Die Fellachen sind im allgemeinen heute besser gestellt als 1920, und die Araber haben von der sozialen Tätigkeit der Regierung Vorteile gehabt, die ihnen in diesem Ausmaß niemals hätten zuteil werden können, wenn die Juden nicht einen großen Teil zu den Regierungseinnahmen beigetragen hätten. Das alles hat aber nicht hindern können, daß der arabische Nationalismus gewachsen ist und heute eine ebenso starke Macht darstellt wie der jüdische Nationalismus. Beide sind in ständigem Wachsen begriffen und die Kluft zwischen ihnen wird immer größer. Was die Araber vor allem ersehnen, ist nationale Unabhängigkeit was sie am meisten fürchten, ist jüdische Herrschaft. Was die Juden am meisten ersehnen, ist die Freiheit zur vollständigen Entwicklung des nationalen Heimes, was sie am meisten fürchten ist, daß sie auch in Palästina zu einer permanenten Minorität, die der Möglichkeit arabischer Beherrschung ausgesetzt wäre, verurteilt sein könnte.

Im Kapitel „Die Haltung der Regierung" konstatiert der Bericht, daß die aufrichtigen Versuche der Regierung, beide Völker unparteiisch zu behandeln, die Beziehungen zwischen ihnen nicht verbessert haben. Die Ereignisse des letzten Jahres haben gezeigt, daß alle Versöhnungsversuche nutzlos sind.

„Aus diesen Gründen sind wir", so heißt es in dem Bericht, „wenn auch widerstrebend, zu der Ueberzeugung gekommen, daß keine Aussicht auf eine dauernde Lösung, basiert auf einem gemäßigten arabischen Nationalismus, besteht." „Es ist uns daher klar, daß weder die arabischen noch die jüdischen Vorschläge, die uns offiziell unterbreitet worden sind, eine Basis für eine friedliche und dauernde Lösung bilden."

Das Problem

Auf 146 Seiten und in 5 Kapiteln gibt die Komission einen Ueberlick über die Geschichte Palästinas über einen Zeitraum von fast 4000 Jahren. Die Kommission verfolgt die jüdischen und die arabischen Zusammenhänge mit Palästina vom Jahre 2000 vor Beginn der bürgerlichen Zeitrechnung bis zur Gegenwart. „In den 12 Jahrhunderten und mehr, die seit der arabischen Eroberung des Landes verflossen sind, war Palästina faktisch aus der Geschichte ausgeschaltet... Aber wie arm und verlassen es auch war, für die Araber, die in Palästina lebten, blieb es doch ihr Land, ihre Heimat." Der Bericht beschreibt ausführlich das Schicksal der Juden in der Welt mit der Feststellung, daß das Palästina-Problem mit dem jüdischen Gesamtproblem unauflöslich verknüpft ist.

„Während ihrer Zerstreuung über die Welt haben die Juden niemals Palästina vergessen und ihre Verbindung zu Palästina war nicht etwa nur geistig oder intellektuell. Immer, oder fast immer, seit dem Untergang des jüdischen Staates haben Juden in Palästina gelebt. Unter arabischer Herrschaft gab es nicht unbedeutende jüdische Gemeinden in den größeren Städten."

Der Bericht beschreibt das Entstehen und die Entwicklung der zionistischen Bewegung. In dem Abschnitt „Der Krieg und das Mandat" beschäftigt sich der Bericht mit den Versprechungen, die den Juden und den Arabern gemacht wurden. Es wird festgestellt, daß England im Jahre 1915 dem Scherifen von Mekka versprach, daß im Falle eines Sieges der Alliierten der größere Teil der arabischen Provinzen des türkischen Reiches seine Unabhängigkeit bekommen würde. Die Araber verstanden dieses Versprechen dahin, daß Palästina in den Umkreis der unabhängigen arabischen Gebiete einzubeziehen sei.

Bei Besprechung der zwischen Dr. Weizmann und dem Emir Feisal am 3. Jänner 1919 geschlossenen Vereinbarung bemerkt der Bericht:

„Diese Vereinbarung stellt einen der kurzen Augenblicke in der ganzen Geschichte dar, in dem durch arabische und jüdische Staatskunst eine wirkliche Harmonie erreicht wurde. Wenn König Hussein und Emir Feisal ihre großen arabischen Staaten erlangten, so seien sie bereit, das kleine Palästina den Juden zu überlassen."

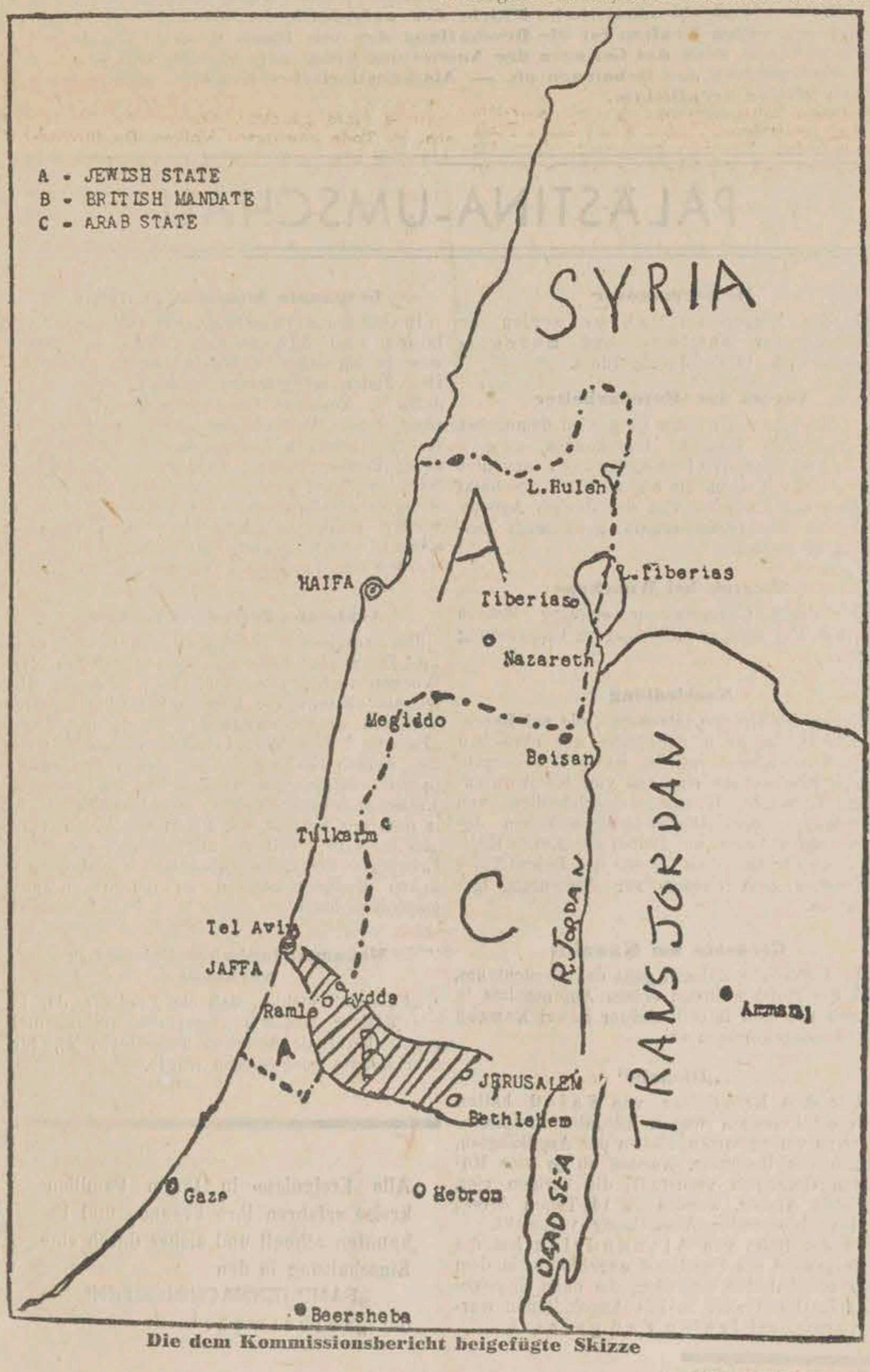
Bei Erörterung der Frage, was der eigentliche Sinn eines jüdischen nationalen Heimes sei, sagt der Bericht:

„Im Churchill'schen Weißbuch von 1922 ist nichts enthalten, was die schließliche Errichtung eines jüdischen Staates ausschließen würde und Mr. Churchill hat uns in seiner Vernehmung selbst erklärt, eine derartige Ausschließung sei auch nicht beabsichtigt gewesen."

An anderen Stellen dieses Kapitels heißt es:

„Unter dem Gebiet, in welchem das jüdische nationale Heim errichtet werden sollte, wurde zur Zeit der Balfour-Deklaration das ganze historische Palästina verstanden und die Zionisten waren außerordentlich enttäuscht, als in Erfüllung des MacMahon-Versprechens, das zeitlich vor der Balfour-Deklaration lag, Transjordanien abgetrennt wurde."

„Ohne Frage (jedoch) war das primäre Ziel des Mandates ... die Errichtung des jüdischen nationalen Heimes zu fördern."



Die dem Kommissionsbericht beigefügte Skizze

Die Mandats-Praxis

Im zweiten Teil des Berichtes untersucht die Kommission sorgfältig, was während der Dauer des britischen Mandates seitens der Verwaltung getan wurde, und sie erwägt, welche Maßnahmen zu treffen seien, falls die Verwaltung auf der Grundlage des Mandates fortgesetzt wird.

Die Kommission ist der Meinung, daß die palästinensischen Beamten im Regierungsdienst in normalen Zeiten gut arbeiten, daß sie aber in der Zeit von Unruhen unzuverlässig sind, und schlägt daher eine sorgfältigere Auswahl der Beamtenschaft und die Einrichtung von Ausbildungskursen vor. Daneben regt die Kommission zahlreiche andere administrative Reformen an.

Eine strenge Kritik für die arabischen Unruhen erfährt der Mufti, der „sein gehöriges Maß an Verantwortung zu tragen hat." Die Kommission empfiehlt die Einsetzung einer arabischen Agency als Gegengewicht gegen die Jewish Agency.

Bei der Erörterung der Frage der öffentlichen Sicherheit übt die Kommission strenge Kritik an der palästinensischen Regierung unter dem High Commissioner, Sir Arthur Wauchope.

„Heute ist es vollständig klar, daß die elementare Pflicht, für öffentliche Sicherheit zu sorgen, nicht erfüllt worden ist. Wenn es eine Beschwerde gibt, die die Juden ohne jeden Zweifel mit Recht vorzubringen haben, so ist es das Fehlen von Sicherheit. Ihre Be-

schwerden hierüber waren würdig und zurückhaltend.“

Die hauptsächliche Empfehlung der Kommission zu diesem Thema ist:

„Sollten noch einmal Unruhen ausbrechen, die die Einsetzung von Militär erforderlich machen, so sollte unverzüglich Kriegsrecht im Lande unter einheitlicher militärischer Kontrolle eingeführt werden. Solange keine Entwaffnung der Bevölkerung durchgeführt ist, sollte die Hilfspolizei zur Verteidigung der jüdischen Siedler als eine geschulte Truppe beibehalten werden.“

Bei ihren Reformvorschlägen für die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit verzeichnet die Kommission die Tatsache, daß es 1936 260 Morde, 67 Verurteilungen wegen Mordes, aber kein einziges Todesurteil gegeben hat.

In den Kapiteln „Finanzen und fiskalische Fragen“ und „Der Boden“ befürwortet die Kommission eine Reihe von administrativen Aenderungen und stellt fest, daß der Mangel an Boden weniger den jüdischen Bodenkäufen als dem Anwachsen der arabischen Bevölkerung zuzuschreiben ist. Die arabischen Behauptungen, daß die Juden einen unverhältnismäßig hohen Anteil an gutem Boden erhalten hätten, sei nicht aufrechtzuhalten.

Im Kapitel „Einwanderung“ konstatiert die Kommission, daß dieses Problem erheblich schwieriger geworden ist durch die Veränderung der Verhältnisse in Deutschland, die wachsende wirtschaftliche Not der Juden in Polen und durch die drastische Einschränkung der Einwanderungsmöglichkeit nach den Vereinigten Staaten. Die Kommission schlägt die

Aufgabe des Prinzips der wirtschaftlichen Fassungskraft und statt dessen ein politisches Maximum für die jüdische Einwanderung vor.

Dieses Maximum soll für die nächsten fünf Jahre auf höchstens 12.000 Seelen pro Jahr nach dem Ermessen des High Commissioner und vorbehaltlich der wirtschaftlichen Fassungskraft des Landes festgesetzt werden.

Die Kommission schlägt vor, die Einwanderung von Personen, die im Besitz von 1000 £ sind, nur dann zuzulassen, wenn der Betreffende beweisen kann, daß er nicht nur 1000 £ besitzt, sondern, daß in Palästina auch noch Platz ist für zusätzliche Betätigung in dem Beruf, Handel oder Gewerbe, die er auszuüben beabsichtigt.

„Die Kommission kann nicht die Anschauung akzeptieren, daß der Mandatar, nachdem er die Schaffung eines nationalen Heimes erleichtert hat, berechtigt wäre, seine Tore zu schließen. Das wirtschaftliche Leben des nationalen Heimes hängt, wie an anderer Stelle schon gezeigt wurde, von weiterer Einwanderung ab; und sehr viel Kapital ist in der Annahme, daß die Einwanderung fortdauern würde, investiert worden.“

Zum Abschluß dieses Teiles des Berichtes stellt die Kommission noch einmal fest, daß alle diese Empfehlungen nur Palliativmittel darstellen für den Fall, daß man, entgegen ihrer eigenen Ansicht, über eine dauernde Lösung, die Fortsetzung des Mandates beschließen sollte. „Die Schwierigkeit hat immer darin bestanden und wird, wenn das Mandat fortdauert, weiter darin bestehen, daß die Existenz des Nationalen Heimes, welchen Umfang es immer haben mag, den Arabern in Palästina den Weg versperrt, denselben nationalen Status zu erreichen, den alle anderen Araber in Asien bereits erreicht haben oder bald erreichen dürften.“

In einem kurzen Kapitel

„Transjordanien“

kommt die Kommission zu dem Ergebnis, daß alle Vorschläge zur Erweiterung des jüdischen nationalen Heimes durch jüdische Einwanderung nach Transjordanien auf der alten Vorstellung eines Einvernehmens zwischen Juden und Arabern beruhen.

„Wenn es tatsächlich möglich wäre, ein harmonisches Einvernehmen zwischen den Juden und Arabern in Palästina herzustellen, so würden die Araber in Transjordanien wahrscheinlich jüdische Einwanderung mit Ruhe hinnehmen und schließlich sogar willkommen heißen. Aber solange Juden und Araber in Palästina miteinander streiten, ist es unwahrscheinlich, daß sie sich außerhalb Palästinas einigen. In Transjordanien, wie in anderen unabhängigen arabischen Staaten, wird dem jüdischen Unternehmungsgeist die Tür nur dann offen stehen, wenn freundlichere Beziehungen in Palästina hergestellt werden können.“

Das Kapitel „Oeffentliche Gesundheit“ gibt eine Uebersicht über die Maßnahmen der Regierung und über die Entwicklung des jüdischen Gesundheitswesens. Bei ihrer Beurteilung der jüdischen Beschwerden, die darauf hinauslaufen, daß die Regierung das jüdische Gesundheitswesen nicht ausreichend subventioniert habe, stellt die Kommission fest, daß diese Frage die Schwierigkeit illustriert, die es naturgemäß in einem Staate geben muß, der für zwei Nationen mit so verschiedenem Lebensstandard zu sorgen hat. Wenn die Juden darauf hinweisen, daß sie einen unverhältnismäßig hohen Anteil zu den Regierungseinnahmen beisteuern, so will die Kommission das keineswegs bestreiten, stellt aber demgegenüber ihrerseits fest, daß die Steuerbelastung in Palästina pro Kopf des Einwohners etwa 4 £ beträgt, was — selbst wenn man für den jüdischen Steuerzahler einen höheren Satz annimmt — nicht zu vergleichen ist mit einer Steuerleistung von 20 £ per Kopf der Bevölkerung in England.

Im Kapitel „Oeffentliche Arbeiten“ beschäftigt sich der Bericht eingehend mit den jüdischen Beschwerden wegen ungenügender Beteiligung von Juden an diesen Arbeiten, kommt aber zu dem Ergebnis, daß die Regierung in Anbetracht aller Umstände diese Frage großzügig behandelt hat und daß kein Grund für die Annahme vorliegt, die Regierung habe sich der Beschäftigung von Juden bei den öffentlichen Arbeiten abgeneigt gezeigt. Die jüdischen Beschwerden seien in der Hauptsache auf mathematischen Berechnungen begründet, aber die Regierung müsse bei ihren Entscheidungen auch andere Faktoren in Betracht ziehen.

Im Kapitel „Erziehungswesen“ wird eine Uebersicht über das jüdische und arabische Schulwesen sowie über gemischte Schulen gegeben. Die Eröffnung einer britischen Universität für den Nahen Osten, die von Juden und Arabern besucht und mit der Jüdischen Universität in Jerusalem nicht konkurrieren, sondern kooperieren soll, wird vorgeschlagen.

Das Kapitel „Lokale Verwaltung“ enthält einen besonderen Abschnitt über Tel Awiw. Eine Reihe von Reformen in Bezug auf Tel Awiw empfiehlt die Kommission, daß die Forderung Tel Awiws nach einer beträchtlichen Anleihe unverzüglich und mit Sympathie aufs neue erwogen werden soll.

Der nächste Absatz behandelt die wiederholten Versuche der Regierung, einen Gesetzgebenden Rat einzuführen, und den Widerstand, auf den alle diese Vorschläge gestoßen sind. Die Ursache dafür erblickt die Kommission in der Existenz des gegenwärtigen Mandatssystems, das die Versöhnung der Juden und Araber nicht zustande gebracht hat, so daß der eine Bevölkerungsteil oder der andere jeweils befürchten muß, in einem sich selbst regierenden, vom Mandat befreiten Palästina von der Majorität unterdrückt zu werden.

(Fortsetzung in der nächsten „Selbstwehr“.)

Die zionistische Organisations-Ausstellung

Der Vorsitzende des Landeskomitees, Herr Dr. Walter Kohner, Karlsbad, bereitet im Auftrag des zionistischen Zentralverbandes der ČSR eine Organisations-Ausstellung vor, über deren Art und Zweck die „Selbstwehr“ bereits Veröffentlichungen gebracht haben. Das Organisations-Departement in Jerusalem hat dieser Unternehmung nicht nur vollinhaltlich zugestimmt, sondern seiner besonderen Freude über ihr Beginnen Ausdruck gegeben. Zur Mitarbeit aufgefordert wurden bis jetzt sämtliche Ortsgruppen und Kreisleitungen in der ČSR sowie die Landesverbände von Oesterreich, Deutschland und Holland. Die Materialeingänge gehen vorläufig noch langsam vor sich, da naturgemäß die Beschaffung der notwendigen Daten den einzelnen Verbänden Schwierigkeiten macht; immerhin liegt schon sehr interessantes Material vor und die Ausstellung verspricht dem Besucher ein anschauliches und lebendiges Bild vom langsamen Werden und der jetzigen Tätigkeit der Landesorganisation sowie der ihr angeschlossenen einzelnen Vereine zu geben.

Es wird an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß es selbstverständliche zionistische Pflicht der aufgeforderten Organisationen ist, sich mit vollen Kräften für die Beschaffung der von ihnen geforderten Daten einzusetzen, denn das Gelingen der Ausstellung hängt zum großen Teil von der Vollständigkeit des Gebotenen ab. — Als künstlerischer Gestalter wurde Herr Leo Meller verpflichtet.

PALÄSTINA-UMSCHAU

Militärmanöver

In den Bergen um Nablus werden die Militärmanöver fortgesetzt und Befestigungsarbeiten durchgeführt.

Vorort für Hafenarbeiter

Im Norden Tel Awiws wird demnächst ein aus 200 Häusern bestehendes neues Viertel für Hafenarbeiter errichtet werden. die Kosten, die auf 40.000 £ geschätzt worden sind, werden von der Jewish Agency und der Bizur-Gesellschaft gemeinsam beigetragen werden.

Shertok bei Wauchope

Der High Commissioner empfing Mosche Shertok, mit dem er eine längere Unterredung hatte.

Neusiedlung

Neben der Gruppe „Batelem“, die auf Keren-Kajemeth-Boden in der Nähe der syrischen Grenze angesiedelt wurde, ist in der vergangenen Woche auch eine aus vier Kwuzoth zusammengesetzte Gruppe, einschließlich von Mitgliedern des Allgemein-Zionistischen Jugendbundes Akiba, auf Boden des Keren Kajemeth an der östlichen Grenze des Beisan-Tales gegenüber dem Jordan zur Ansiedlung gekommen.

Gerüchte um Kawakji

In arabischen Kreisen geht das Gerücht um, daß der Mufti während seines Aufenthaltes in Syrien mit dem Rebellenführer Fawzi Kawakji zusammengekommen sei.

„Illegale“

Vor dem Kreisrichter von Safed hatten sich elf Personen wegen illegaler Einwanderung zu verantworten. Sieben der Angeklagten, Juden aus Bucharar, wurden zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt; die übrigen vier, syrische Araber, wurden zu 14 Tagen Arrest und nachfolgender Ausweisung verurteilt.

In der Nähe von Alexandrien hat die Hafenpolizei ein Segelboot angehalten, in dem sich zwölf Juden befanden, die ohne Einreisevisa ins Land wollten. Die Angehaltenen wurden später auf freien Fuß gesetzt.

Gespannte Situation in Jaffa

In Jaffa und Umgebung, wo arabische Agitatoren eine lebhafte Propaganda betreiben, war die Situation zu Wochenbeginn gespannt. Den Juden ist geraten worden, nicht nach Jaffa zu kommen. Donnerstag abend kam es nach einem Verkehrszusammenstoß zwischen einem arabischen Lastwagen und einem jüdischen Personenwagen, bei dem zwei Juden getötet und zwei erheblich verletzt wurden, zu erregten Straßenszenen, die erst nach und nach wieder abflauten. Arabische Demonstrationen gegen die Teilung Palästinas wurden von der Polizei aufgelöst.

Arabische Zeitungen verboten

Die arabischen Zeitungen „Al-Liwa“ und „Ad-Difaa‘ sind für sechs beziehungsweise vier Wochen verboten worden. Da „Al-Jamia Al-Islamia“ bereits vor kurzem für zwei Monate verboten wurde, erscheint nunmehr nur noch „Falastin“. Das Verbot wurde verhängt, weil die beiden Zeitungen ein im „Al-Ahram“ (Kairo) erschienenes Manifest des sogenannten Palästina-Schutzkomitees abgedruckt hatten, in dem der Bericht der Peel-Kommission verurteilt wird, weil er angeblich die spätere Uebergabe der mohammedanischen und christlichen Heiligen Stätten an die Juden anempfohlen habe.

Mohammedanischer Geistlicher verbannt

„Falastin“ meldet, daß ein Prediger, der in der Jaffaer Moschee gegen die Teilung und gegen den Emir Abdullah aufgetreten ist, für drei Monate ausgewiesen wurde.

Jüdische Kunst aus der Slowakei

Der Prager Kunstverein „Umělecká beseda“ veranstaltet in den Monaten Juli und August im historischen Vladislavsaal der Prager Burg unter der Devise „Alte Kunst in der Slowakei“ eine Ausstellung, die wohl zu den interessantesten Expositionen gehört, die Prag seit lange zu sehen bekam. Schon der Ort, an dem die Ausstellung untergebracht ist, der altehrwürdige, aus dem Ende des 15. Jahrhunderts stammende, durch viele historische Ereignisse berühmte, 68 m lange und 19 m breite, mit einem schönen gotischen Deckengewölbe und bunten Renaissancefenstern versehene Vladislavsaal ist eine Sehenswürdigkeit an sich. Er ist in viele Kojen geteilt und wird mit allen seinen Nebenräumen in Anspruch genommen. Gewisse Exponate, namentlich diejenigen, welche wegen ihrer großen Dimensionen nicht klar und in allen Details sichtbar wären, erfahren durch Reflektoren eine Beleuchtung, welche die ausgestellten Kunstgegenstände um so wirksamer macht.

In dieser Ausstellung nehmen die jüdischen Expenate, etwa 165 Stück an der Zahl, einen beachtenswerten Raum ein. Es sind durchwegs Erzeugnisse des Kunstgewerbes aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die rituellen Zwecken dienen, also Perochoth, Thoramäntelchen, Thoraschilder, Zeiger (Jad), Menoras, Mesusas, Psomenbüchsen, Misrach-, Kimpet- und Schewisitafeln u. a. m. Soweit die Gegenstände nicht von der orthodoxen Gemeinde in Bratislava entlehnt wurden, stammen sie fast ausschließlich aus dem jüdischen Museum in Prešov.

Wenn hier auf einige Gegenstände besonders hingewiesen werden soll, so seien die reich ornamentierten Thoraschilder aus getriebenem Silber (Nr. 1437, 1438, 1442) genannt. Sie legen von einer hochentwickelten Goldschmiedekunst Zeugnis ab. Nr. 1437 ist vergoldet und stellt zwei auf vier Säulen stehende Löwen dar, die je einen Schild in den Tatzen halten. Oben ist noch eine mit Edelsteinen reich besetzte Krone angebracht. Das Gegenstück dazu (Nr. 1438) ist mit den Bildnissen Moses' und Arons und den beiden Gesetzestafeln geschmückt. Ein besonderes Kunstwerk stellt auch die aus vergoldetem Silber hergestellte, mit Edelsteinen reich verzierte Kunstkrone (Nr. 1436) dar, die oben einen Kranz von Glöcklein und darüber noch einen aus Tiergestalten bestehenden Aufsatz trägt. Sehr interessant ist ferner die Sammlung der Psomenbüchsen, die verschiedene Größen und mannigfaltigsten Formen und Gestalten aufweisen, von kleinen runden Schächtelchen oder Fischformen angefangen bis zu Türmen von ganz beträchtlicher Höhe. Eine Büchse hat sogar die Gestalt einer Lokomotive, woraus man schließen darf, daß sie in der Entstehungszeit der Eisenbahn verfertigt wurde. Nicht minder interessant ist die große Kollektion von Thorazeigern, die zum Teil aus geschnitztem Holz, zum Teil aus Silber hergestellt sind. Manche sind von einer auffallenden Größe, die dem praktischen Zweck widerspricht. Es wird dem Tempelvorsteher (Gabe) wohl nicht leicht gefallen sein, mit einer so schweren Jad längere Zeit auf der Thorarolle „zu weisen“. In der keramischen Abteilung fällt ein plutzerartiger, mit reichem Bilderschmuck und hebräischer Beschreibung versehener Krug auf. Er stammt aus Senica in der Westslowakei und dürfte den Zwecken der dortigen Chevra Kadischa gedient haben. Die verschiedenen Wandtafeln (Misrach, Schewisi, Kimpet, Haussegen, Kethuba) sind primitive und recht kunstlose Aquarellzeichnungen.

Die jüdische Exposition, zu der neben den genannten Gegenständen noch Becher, Kännchen, Teller und andere Gegenstände zu zählen sind, könnte eine kleine Ausstellung für sich darstellen und eine Fundgrube für die Erforschung jüdischer Kunst, eines leider so völlig vernachlässigten Forschungsgebietes, bilden.

Oskar Donath.

Ein Bildbericht über den XX. Zionistenkongreß

Eine interessante Neuerung auf dem Gebiete der zionistischen Berichterstattung wird vom Presse- und Photodienst des XX. Kongresses vorbereitet. Bereits wenige Tage nach Kongreßschluß erscheint eine Serie von 50 bis 60 Diapositiven über Persönlichkeiten und Verlauf des Kongresses, umrahmt von neuesten Bildern aus der Tätigkeit des Keren Hajessod und Keren Kajemeth in Palästina und Diagrammen über den Stand der zionistischen Arbeit. Die Delegierten und Kongreßgäste erhalten damit ein hochaktuelles Illustrationsmaterial für die Vorträge, die sie unmittelbar nach ihrer Rückkehr halten wollen. Da ein ausgearbeiteter Begleitvortrag mitgeliefert wird, wird die Lichtbilderserie sicherlich auch von allen zionistischen Ortsgruppen und Vereinen lebhaft begrüßt werden. (Es handelt sich um Film-Dia, 36 mm, Vorführungsapparate sind heute bei jedem Photohändler leihweise zu haben). Preis des Bildbandes und Vortrag, inkl. Porto 1 £P, für Bezieher der bekannten Monatsschau „Palästina im Lichtbild“ 90 Piaster. Das Eintrittsgeld einer einzigen Veranstaltung deckt diese Unkosten. Bestellungen (nur gegen Voreinsendung oder Nachnahme) bis 25. August, an den Pressedienst des XX. Zionistenkongresses, Zürich, später an Dr. E. Mechner, Tel Awiw, Nachlath Benjamin 57.

Ein Kochbuch. Der Jüd. Frauenbund Wizo, Ortsgruppe Brüx, gibt höfl. bekannt, daß die 3. Auflage des so beliebten Kochbuches, erweitert und verbessert, wieder erschienen ist und sind Bestellungen an die Firma Buchdruckerei „Grafia“, Brüx, zu richten.

Jüdische Familie in einem polnischen Dorfe ermordet. In dem Dorfe Niwacewicze, Kreis Kobrin, Wojwodschaft Brest-Litowsk, haben Huligans in der Nacht den Juden Abraham Sokolowski, seine Frau, deren sechs Wochen altes Kind, die Schwiegereltern Sokolowskis und ein Mädchen, daß in gemeinsamem Haushalt mit der Familie lebte, auf bestialische Art ermordet. Die Polizei hat umfassende Erhebungen eingeleitet.

Ein jüdischer Mensch

Prof. Dr. Hofmann (Reichenberg) zum 70. Geburtstag.



Sehr verehrter Herr Professor!

Rabbiner Prof. Emil Hofmann 70 Jahre — fast können es seine Altschüler nicht glauben, für die ich heute das Wort ergreife, um Ihnen unseren Dank und unsere Glückwünsche zu übermitteln.

Ich selbst kenne Sie, verehrter Herr Professor, seit drei Dezennien. Und es erscheint mir, daß Sie in dieser Zeit ganz unverändert geblieben sind. Als kleiner Junge sah ich zu Ihnen empor, der Sie auf der erhöhten Estrade neben der Bundeslade Ihren Tempelsitz haben, ebenso wie ich es heute tue. Der erhöhte Sitz war und ist für mich Symbol: Sie sind der geistige Führer unserer Gemeinde. Wenn ich mich frage, was Sie zu dieser Stellung befähigt, so komme ich zu der Ueberzeugung: nicht die Tatsache, daß Sie Rabbiner sind, nicht die Tatsache, daß Ihre menschlichen und geistigen Fähigkeiten weit überragende sind, sondern die einfache Tatsache, daß die Gebote unserer Lehre und Ihr Leben eine organische Einheit wurden. Die Erfüllung aller sozialen Liebespflichten, wie Krankenbesuche, Armenbesuche, soziale Fürsorge, all dies üben Sie nicht kraft Ihres Amtes aus, sondern aus innerer, rein menschlicher Berufung.

Als ich 1915 Ihr Schüler wurde, da gewann ich auch gleichzeitig Einblick in Ihr schier unbegrenztes Arbeitsfeld. Es kamen die Massen jüdischer Flüchtlinge aus Galizien, und Sie, verehrter Herr Professor, unterstützt von Ihrer nimmermüden Gattin, leisteten Uebermenschliches, indem Sie materielle und seelische Not nach Kräften linderten.

Sie betreuten unsere jüdischen Soldaten und ebenso kriegsgefangene russische Glaubensgenossen. Und als ein ungarisches Regiment nach Reichenberg kam, predigten Sie zu dessen jüdischen Soldaten in deren Muttersprache, um ihren Herzen näher zu kommen.

So wirkten Sie auf Ihre Schüler durch das Beispiel.

Wenn ich an den Religionsunterricht zurückdenke, so waren Sie bestrebt, nebst dem normalen Lehrstoff uns einige markante Sätze aus unserem Schrifttum so intensiv und überzeugend zu interpretieren, daß sie uns wirklich zum Leitstern unserer Entwicklung wurden und uns zu einem aufrechten jüdischen Leben befähigten. Ich denke an die Sätze: „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst!" — „Der Ewige verlangt dein Herz!" — „Auch dies sei zum Guten!" — „Ein Jude bin ich!" — u. a. m.

Und als wir in die Oberstufe kamen, in der der Religionsunterricht Freigegenstand wurde, war es für uns selbstverständlich, daß wir ihn weiterbesuchten.

Langsam wurden wir Schüler älter und verständiger und konnten nun auch Ihren Predigten mit Genuß lauschen. Hier erfuhren wir so manches, was Sie, sehr verehrter Herr Professor, Ihren Zuhörern aus der Seele sprachen, ebenso wie der Dichter das auszusprechen imstande ist, was der gewöhnliche irdische Mensch nur fühlen kann.

Sie verstanden es, aus Ihrem überragenden jüdischen und weltlichen Wissen vielfältig zu uns zu sprechen, sei es zu Tagesfragen oder ethischen Problemen, die Sie anschnitten; immer bewunderten wir an Ihnen, wie Sie die Materie beherrschten und der Doppelbedeutung jedes Wortes ihren Sinn zu geben verstanden.

Sie führten mich, wie viele andere gelegentlich der Barmizwah, in die Gebräuche unseres Glaubensbundes ein. Dort, in Ihrem Studier- und Arbeitszimmer, umgeben von der großen Bibliothek, lernten wir Sie erstmalig als Forscher, Historiker und Wissenschaftler kennen.

Stets sahen Sie die Ganzheit des Judentums vor sich, für das Sie überall wirkten. Traditionsgebunden und doch freiheitlich liberal denkend, trachteten Sie, nicht nur den einzelnen Menschen, sondern auch eine Bewegung, wie es der Zionismus ist, aus dem Geiste der Zeit heraus liebevoll zu verstehen und zu fördern.

Sie sind innerlich jung geblieben und trachten in die Tradition Lebensfreude zu tragen. Ungezählte schöne Purim- und Chanukkahfeste verdankt die Jugend Ihrer und der Tatkraft Ihrer verehrten Gattin, die Sie jederzeit wirksam unterstützt. — Der jüdischen Jugendbewegung Techeleth Lawan wurden Sie väterlicher Freund, und auch der älteren Jugend wandten Sie Ihre initiative Fürsorge zu, als Sie den Jüdischen Jugendbund Brith Hanoar gründeten und ihn über alle Klippen und Gefahren solange führten, bis er auf eigenen Füßen stehen konnte.

Und über die Jugend hinaus nehmen Sie Anteil am Schicksal jedes einzelnen in Freud und Leid und bewahren dieses Interesse, stets im Bestreben konstruktive Hilfe zu leisten.

Wir nahmen Anteil an Ihrer unerschöpflichen Lebensarbeit, und da wir selber älter wurden, während Ihre Schaffenskraft immer noch wuchs, vergaßen wir, wie lange Sie bei uns in Reichenberg sind, und nur die geleistete Arbeit und der Chronist zeugen dafür, daß Sie bereits seit fast fünf Jahrzehnten für uns wirken.

Sie waren, solange wir es denken, unser Lehrer und Meister und sollen es auch weiterhin unbegrenzt bleiben: zu unserem Wohl, zum Wohl der heranwachsenden Jugend.

In diesem Sinne freuen wir uns mit Ihnen und Ihrer werten Familie, daß Ihnen die gütige Vorsehung alle Voraussetzungen hiezu gegeben hat.

So sei Ihr 70. Geburtstag nur ein Markstein auf dem weiteren Wege, für uns eine Gelegenheit uns zu erinnern, Ihnen zu danken und Sie um Ihre weitere Führerschaft zu bitten.

Ihr dankbarer Altschüler

Ing. Ernst Meißner.

BEMERKUNGEN ZUR WOCHE

Ergebnis der Kongreßwahlen

Das Ergebnis der Kongreßwahlen in der Čechoslovakei liegt nun endgültig vor. Von den 12 zu verteilenden Mandaten — zum letzten Kongreß waren es 11 — erhalten die Liste für das arbeitende Erez Israel 5 (5 zum XIX. Kongreß), Allgemeine Zionisten 4 (3), Misrachi 3 (3) Mandate; die Judenstaatspartei und Doktor Margules gehen leer aus. Erfolgreich haben also die Allgemeinen Zionisten abgeschnitten, denen es gelang, das neue 12. Mandat zu erobern. Noch anschaulicher wird dieser Erfolg der Allgemeinen Zionisten, die der Weltvereinigung der Allg. Zion. angeschlossen sind, wenn man die Stimmenzahlen dieser und der letzten Kongreßwahlen miteinander vergleicht. Insgesamt haben bei den heurigen Wahlen 12.148 Schekelzahler ihr Wahlrecht ausgeübt gegenüber 17.620 zum letzten Kongreß, also um zirka 30 Prozent weniger. Es erhielten die Allgemeinen Zionisten 4292 Stimmen (4479 zum letzen Kongreß), Liste f. d. arb. Erez Israel 4331 (7198), Misrachi 2640 (4735), Judenstaatspartei 253 und Dr. Margulies 632. (Zum letzten Kongreß kandidierten diese beiden Gruppen auf einer gemeinsamen Liste und erhielten 1208 Stimmen, diesmal 885). Dem allgemeinen Wählerrückgang müßte demnach, wenn die einzelnen Parteien ihre gleiche Stärke erhalten wollten, ein Stimmenrückgang von zirka 30 Prozent entsprechen. Die Allgemeinen Zionisten haben jedoch bloß einen Rückgang um 4.1 Prozent zu verzeichnen, die Liste f. d. arbeitende Palästina hingegen um 39.8 Prozent, der Misrachi 44.5 Prozent, Judenstaatspartei und Doktor Margulies 26.9 Prozent. Am besten haben also die Allgemeinen Zionisten, am schlechtesten der Misrachi abgeschnitten.

Der große Stimmenrückgang ist vor allem auf eine gewisse Depression des Zionismus in der Ostslowakei und in Karpathorußland zurückzuführen, wo es diesmal um 5000 Schekelzahler weniger gab, als zum letzten Kongreß. Davon wurden die hier ansonsten stark vertretenen Gruppen des arbeitenden Erez Israel und des Misrachi in erster Linie betroffen. Als hemmend machte sich bei der Liste f. d. arbeitende Palästina auch eine nicht ganz glückliche Listenzusammenstellung fühlbar.

Besonders blamabel ist das Wahlresultat für die Judenstaatspartei, die eine sehr laute und draufgängerische Wahlpropaganda geführt hatte, für die sogar ihre zwei Führer, Großmann und Stricker, speziell in die Čechoslowakei herbeigeeilt waren. Die Art und Weise jedoch, wie Stricker auch heute noch an zionistische Probleme herangeht, wirkt auf breite zionistische Kreise hierzulande derart befremdend und abstoßend, daß es nicht verwunderlich ist, wenn seine Partei nach dem großen Aufwand in der gesamten Čechoslovakei nur 253 Stimmen erhielt.

Was du nicht willst . . . .

Die Bewohner der drei deutschen Dörfer in Palästina (Sarona, Wilhelma, Waldheim) und des deutschen Viertels in Haifa, sind über die Aussicht, unter jüdische Herrschaft gestellt zu werden, wie die „Times" meldet, sehr „bestürzt". Ihre Vorfahren haben sich vor etwa achtzig Jahren in Palästina niedergelassen und sie haben sich trotz der angebotenen hohen Preise geweigert, ihr Land zu verkaufen. So ragt etwa Sarona, in der Nähe von Tel Awiw, wie ein winziges „arisches" Eiland aus der jüdischen See. Die Deutschen glauben jetzt, daß sie unter jüdischer Herrschaft als Objekte für Repressalien gegen „die Behandlung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland gebraucht werden könnten." Die Bürgermeister all dieser Gemeinden haben sich Sonntag im deutschen Generalkonsulat in Jerusalem getroffen, um die Aussichten und die Schritte, die man unternehmen könne, zu beraten.

Die Befürchtungen der palästinensischen deutschen Minorität, zirka 3000 Seelen, sind völlig unbegründet. Keinem einzigen Deutschen wurde jemals, und auch nicht nach der Installierung des judenfeindlichen nationalsozialistischen Regimes in Deutschland, auf das sie mit soviel Sympathie blicken, obwohl gerade sie aus der jüdischen Einwanderung in Palästina so großen Nutzen ziehen, auch nur ein Haar gekrümmt. Es ist nicht jüdische Art, über eine wehrlose Minderheit roh und feig herzufallen. Wir zählen uns mit Stolz unter die Kulturvölker und werden darum auch in einem künftigen jüdischen Staate nicht die Methoden der Minderheitenbehandlung im nationalsozialistischen Deutschland kopieren.

Zum Londoner Minderheitenkongreß

In London trat dieser Tage der internationale Minderheitenkongreß zusammen. Es ist dies jenes Gremium, das vornehmlich von den zum Dritten Reich tendierenden deutschen Minderheitengruppen in Europa beschickt und gelenkt wird. So ist es auch erklärlich, daß sich dieser „Minderheitenkongreß" um eine Stellungnahme zum brennendsten europäischen Minderheitenproblem, der Rechtslosigkeit und Erniedrigung der Juden in Deutschland bisher beharrlich gedrückt hat.

Für die „Sudetendeutsche Partei" ist Herr Architekt Rutha nach London gefahren, der selbst Mitglied des Präsidiums dieses Minderheitenkongresses ist. Wir gestatten uns seine und damit auch die Aufmerksamkeit des Minderheitenkongresses auf den folgenden Erlaß zu lenken, den das Berliner Reichspropagandaministerium, Sonderreferat Hinkel, dem alle in Deutschland erscheinenden jüdischen Zeitungen, Zeitschriften und Gemeindeblätter unterstehen vor kurzem für diese verordnet hat:

„1. Es ist verboten, aus deutschen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zu zitieren oder auf den Inhalt Bezug zu nehmen. Es ist danach nicht nur jedes Zitieren aus der gesamten deutschen Literatur ohne besondere Genehmigung verboten, sondern das Verbot erstreckt sich auch auf alle Publikationen von Gesetzen, Verordnungen, Gerichtsurteilen, die Angelegenheiten der Juden in Deutschland betreffen. 2. Es ist verboten an, der polnischen Regierung Kritik zu üben. 3. Es ist verboten, zur italienischen Kolonialpolitik kritisch Stellung zu nehmen."

Welches andere Land in Europa würde es wagen, der Presse seiner nationalen Minderheiten einen solchen Maulkorb aufzusetzen und welch lauten Protest würde in einem solchen Falle jener „Minderheitenkongreß" erheben! Wird er auch diesmal wieder schweigen, weil es sich um die jüdische Minderheit in Deutschland handelt?

Wieder neue Siedlungen

In der Woche der Veröffentlichung des Peel-Berichtes haben vier Kibuzim Boden in wichtigen Gegenden des Landes besetzt und mit dem Aufbau vier wichtiger neuer Siedlungspunkte in Palästina begonnen. Von eine Einwanderer-Gruppe aus Deutschland wurde nördlich von Ejn Charod eine Siedlung geschaffen, der zweite Punkt liegt bei Mischmar Haemek und wurde von Chaluzim aus Amerika besetzt, der dritte von Jugendlichen des Verbandes der Allgemeinen Zionisten zwischen Beisan und dem Jordan, der vierte neue Siedlungspunkt, liegt am östlichen Ufer des Tiberias-Sees. Hier beginnt der Kibuz Batelem, der bisher im alten Kineret und in Nachlat Jehudah arbeitete und dem zahlreiche Mitglieder des Techelet Lawan aus der Čechoslowakei angehören, mit dem Bau der ersten jüdischen Siedlung jenseits des Tiberias-Sees. Es ist dies ein Gebiet, das auf Grund der Empfehlungen der Kgl. Kommission in den vorgeschlagenen neuen arabischen Staat eingeschlossen werden soll. Der Kibuz Batelem sandte an seinem ersten Arbeitstag auf neuem Boden ein Telegramm an Dr. Weizmann und Ben Gurion, im dem er seiner entschlossenen Absicht Ausdruck verleiht, den Kampf um seine Existenz dort zu führen und niemals von seiner jetzigen Position zu weichen.

Vier neue Siedlungspunkte, vier neue kolonisatorische Tatbestände! Die Zionisten der Čechoslowakei grüßen herzlich die neuen Gruppen und Siedler, die uns allen beispielgebend zeigen, daß wir auch für keinen einzigen Moment in unserem kolonisatorischen Aufbau innehalten dürfen.

—hl—

Das Welt-Echo

Der Peel-Bericht hat in der vergangenen Woche große Teile der politischen Welt beschäftigt. Wir geben im folgenden eine Uebersicht über das erste Echo.

England

Wie die parlamentarischen Berichterstatter der großen Londoner Zeitungen feststellen, ist der Bericht der Peel-Kommission und das Statement of Policy der Regierung von den Mitgliedern des Ober- und Unterhauses im großen und ganzen günstig aufgenommen worden; der Plan der Teilung wird als eine vernünftige Lösung angesehen.

Die Labour Party hat ein Sonderkomitee unter dem Vorsitz des Führers der Opposition Major C. R. Attlee eingesetzt, das den Bericht der Peel-Kommission prüfen soll. Innerhalb der Labour Party hält man die Grundlage des Peel-Berichts an sich für gesund, glaubt aber, daß die Ziehung der Grenzen zwischen dem zu schaffenden jüdischen und dem arabischen Staat noch sorgfältig wird erwogen werden müssen. Das führende Mitglied der Labour Party, Lord Strabolghi nimmt einen abweichenden Standpunkt ein; er verurteilt die Teilung, durch die den Juden Unrecht getan werde, und schiebt die ganze Schuld an der jetzigen Lage der Palästinaverwaltung zu. Auch die Liberale Partei wird ein Palästina-Komitee bilden.

Mit großer Spannung erwartet man in London die Stellungnahme der Mandatskommission des Völkerbundes, die ja den Plan billigen muß, bevor er durchgeführt werden kann. Man gibt sich hier nach dieser Richtung keinen großen Hoffnungen hin und erwartet, daß die Mandatskommission mit ihrer Kritik nicht zurückhalten werde, da der ganze Peel-Plan einen schweren Schlag gegen das Mandatssystem an sich bedeutet.

Der Vorsitzende der Kgl. Kommission Lord Peel gab in einer Ansprache im Londoner Rundfunk einen Ueberblick über die Art, in der die Kommission ihre Untersuchung in Palästina geführt hat.

Im Leitartikel seiner Montagsnummer wirft „Manchester Guardian" die Frage auf, was geschehen werde, wenn einige Völkerbundmitglieder nicht der Art zustimmen, wie England durch Einschränkung der jüdischen Einwanderung auf ein Maß, das die Araber nicht ablehnen, sich den Folgen seiner Politik entziehen will. Es sei unmöglich, daß man nicht ein Mittel finden sollte, um einen Teil Jerusalems mit dem neuen jüdischen Staate zu verbinden. — Auch „Daily Telegraph" setzt sich für eine Grenzrevision in dem Sinne ein, daß der Negew den Juden zugewiesen werde, die ihn kultivieren könnten, während er unter arabischer Herrschaft sicherlich eine Wüste bleiben werde.

Frankreich

Frankreich hat das größte Interesse daran, daß der Konflikt um Palästina eine dauerhafte Lösung erfährt. Die offizielle Haltung der französichen Regierung hat trotz der durch die Umstände gebotenen Zurückhaltung gegenüber einer befreundeten Großmacht eine wichtige Veränderung des Teilungsplanes zur Folge gehabt, die sich im jüdischen Interesse ausgewirkt hat. In den ursprünglichen Vorschlägen der Royal Commission bestand die Absicht, außer dem Korridor, der von Jerusalem zum Meere führt, noch einen zweiten — arabischen — Korridor im Norden nach Haifa zu schaffen, wodurch ein direkter Zugang des neuen arabischen Staates zum Meere geschaffen worden wäre. Die französische Regierung hat sich gegen diese Absicht gewandt, da durch einen solchen Korridor der neue christliche Libanon-Staat nicht mehr an den jüdischen Staat grenzen würde, der Libanon-Staat also von drei Seiten von mohammedanischen Staaten umschlossen wäre. Frankreich wünscht aber eine Anlehnung des neuen Libanon-Staates an den jüdischen Staat, um dadurch ein Gegengewicht gegen die Stärkung der mohammedanischen Araber durch die Souveränität Syriens und durch die Gründung Großtransjordaniens zu finden. Dieser Stellungnahme Frankreichs ist es im wesentlichen zu verdanken, daß nach dem jetzt veröffentlichten Teilungsplan ganz Galiläa an den Judenstaat fallen soll. Unter französischer Anleitung sind auch bereits in diesen Tagen Verbindungen zwischen jüdischen und libanesischen Kreisen angeknüpft worden, die für die Zukunft eine fruchtbare und enge Zusammenarbeit zwischen den beiden neu geschaffenen Staaten Libanon und dem Judenstaat erwarten lassen. Die dem Zionismus freundlichen Erklärungen der maronitischen Patriarchen sowie des libanesischen Staatspräsidenten Eddé erklären sich aus diesen Zusammenhängen.

Der „Matin" schreibt: „Der zionistische Staat, der unter den englischen Auspizien gegründet werden soll, ist durch seine Interessen, seine Lage und seine Bestrebungen der natürliche Verbündete des Libanon-Staates, der zu dem französischen Einflußbereich gehört. Wenn der jüdische Staat wirtschaftlich lebensfähig und militärisch stark sein wird, kann er ein wichtiges Element der Stabilität und Sicherheit im nahen Orient werden. Sollte er jedoch nur als beständige Versuchung und leichte Beute in Erscheinung treten, so wäre er im Gegenteil eine schwere und dauernde Gefahr. An diesem Problem ist daher Frankreich in der gleichen Eigenschaft und im gleichen Maße interessiert wie England."

Amerika

Die „Times" vom 9. Juli berichtet aus Washington über die Aufnahme des Peel-Berichtes **in Amerika.** Staatssekretär Hull habe sich

Weizmann bei Ormsby-Core

London. Am Tage nach der Bekanntgabe des Berichtes der Kgl. Kommission und des Statement of Policy der britischen Regierung ist der Präsident der Zionistischen Organisation Prof. Dr. Chaim Weizmann vom Kolonienminister Ormsby-Gore empfangen worden. Es fand zwischen den beiden eine sehr eingehende Aussprache betreffend die neue Politik der englischen Regierung in Palästina statt, wobei Dr. Weizmann die Haltung der Juden gegenüber dieser Politik darlegte.

am 8. Juli nur ganz zurückhaltend geäußert. Er „deutete diskret an", daß alle Phasen der Angelegenheit schon bisher Gegenstand des Gedankenaustausches zwischen der britischen und amerikanischen Regierung gewesen seien und dies auch weiter bleiben. Der Berichterstatter der „Times" schreibt, die entscheidende Frage sei, ob die Teilung bei ihrer Durchführung irgendwie die amerikanischen Rechte beeinflussen würde, die in dem Vertrag von 1924 garantiert seien und wirtschaftliche Gleichstellung in Palästina sicherten. Die amerikanische Regierung prüfe ohne Zweifel das Problem mit Unvoreingenommenheit. Mehr als ein Gesuch ist aber bereits von amerikanischjüdischen Organisationen im Weißen Haus und im Staatsdapartment erfolgt, die irgendeine Form der Intervention anstreben, um das Mandat für Palästina unverändert zu erhalten, und den Vertrag von 1924 heranzuziehen, damit Amerika seine Macht einsetze, um eine Aenderung zu verhindern." Es sind auch Stimmen im Kongreß laut geworden, die verlangen, daß die USA. der englischen Regierung die Notwendigkeit einer Hinausschiebung klarmachen, bevor irgendein Entschluß über die Empfehlungen der Komission gefaßt werde.

Italien

Die **italienische Presse** widmet den Beschlüssen der Kgl. Kommission und dem Plan der Teilung Palästinas breiten Raum. Ausführliche Berichte der italienischen Korrespondenten in Jerusalem und Alexandrien heben hervor, daß die Beschlüsse der Kgl. Kommission sowohl bei den Arabern als auch bei den Juden große Unzufriedenheit hervorgerufen haben. Dabei enthält sich der größte Teil der italienischen Presse jeglicher Kommentare zum Teilungsplan und einer speziellen Stellungnahme zu dem englischen Projekt der Schaffung zweier selbständiger Staaten. Die Zeitungen heben bloß die arabischen Proteststimmungen hervor und den Appell des Obersten Arabischen Ausschusses an die arabischen Könige. Die einzige Zeitung, die den Teilungsplan bisher deutlich kommentiert hat, ist die Turnier „La Stampa". Das Blatt schreibt, daß die Engländer den Arabern jetzt einen schweren Schlag versetzen wollen und dabei von den Juden unterstützt werden. England hoffe, daß sich eine Aussicht biete, das Gleichgewicht im Mittelmeer zu ändern.

Polen

Welches ist der erste Eindruck in Polen? Die Nachricht der Konstituierung eines Judenstaates in Palästina, die Anerkennung der Juden als eines „staatsfähigen" Volkes ruft Genugtuung hervor, insbesondere in zionistischen Kreisen, die darin einen Sieg der zionistischen Staatsidee und den Beginn der Verwirklichung des Herzlschen Traumes erblicken. Aber sowohl die Einzelheiten des Berichtes bewirken, daß in dem Lande der größten jüdischen Massensiedlung und der tragischsten jüdischen Not auch die Proklamierung eines jüdischen Staatswesens, die unter anderen Bedingungen jauchzende Freude ausgelöst hätte, diesmal keinen Enthusiasmus hervorrief.

Die Aeußerungen der Presse und der Parteiführer ergeben folgendes Bild: Von der „Agudah" bis zur zionistischen Linken wird eine ablehnende Stellung eingenommen, wenn auch dem vor der Peel-Kommission proklamierten Grundsatz der Schaffung eines Judenstaates beigestimmt wird. Einmütig wird hervorgehoben, daß die Kommission unrichtig die Behauptung aufstellt, daß das Mandat in seinen bisherigen Bestimmungen undurchführbar sei. Es wird scharfer Protest gegen die vorgeschlagenen Grenzen, gegen die an den arabischen Staat zu zahlende Subvention und gegen die Alijahbestimmungen in der Uebergangszeit erhoben. Die Massen werden zu Ruhe, Geduld und Wachsamkeit, zu Disziplin und Gehorsamkeit den autoritativen zionistischen Instanzen gegenüber aufgefordert. Es wird auf den bevorstehenden XX. Kongreß hingewiesen, der entscheidende und wohlüberlegte Beschlüsse wird fassen müssen.

Die polnische Presse widmet dem Peel-Bericht viel Aufmerksamkeit und bespricht die Empfehlungen der Kommission hauptsächlich vom Standpunkte des bekannten polnischen Auswanderungsprogramms. Demzufolge wird der Bericht kritisiert und die Frage aufgeworfen, ob die polnische Regierung nicht berufen wäre, in Genf die jüdischen Postulate kräftigst zu unterstützen.

Die arabischen Staaten

Nach den Antworten des Premierministers des Irak Hikmat Suleiman und des Emirs von Kuweit auf den Appell des Obersten Arabischen Ausschusses hat nunmehr, wie Reuter meldet, auch König Ibn Saud den Appell des Ausschusses beantwortet. Die Antwort Ibn Sauds ist durchaus ausweichend und dürfte die arabischen Nationalisten kaum befriedigen. Er gibt wohl seiner Solidarität mit den anderen arabischen Stammesfürsten, betreffend ihre Stellung zu den Vorschlägen der Kgl. Kommission, Ausdruck, erklärt jedoch, daß er sich sein definitives Urteil vorbehält.

Der Premierminister des Irak Hikmat Suleiman hat, wie die „Times" melden, einer arabischen Zeitung folgende Erklärung übermittelt: „Wenn die sogenannte arabische Zone nach der Teilung Palästinas Transjordanien zugeschlagen werden sollte, wird kein Araber bereit sein, Oberhaupt dieses Staates zu sein, welche Bezeichnung immer man ihm auch geben könnte. Jedermann, der sich dazu bereit finden würde, würde von den Arabern der ganzen Welt als Auswurf betrachtet werden und sich den Haß der Mohammedaner im gesamten Orient zuziehen. Ich selbst erkläre sowohl als Oberhaupt einer arabischen Regierung wie auch als privater Bürger, daß ich jedem Individuum entgegentreten werde, das sich bereit findet, der arabischen Rasse einen derartigen Dolch ins Herz zu stoßen, um sich die Vorherrschaft über einen solchen Staat zu sichern."

Transjordanien

Dem „Haarez" wird aus Amman berichtet, daß man in **Transjordanien** dort den Teilungsplan begrüßt, und zwar mit der Begründung, daß Amman die Hauptstadt des neuen arabischen Staates werden wird. Es wird allgemein angenommen, daß der Posten des Premierministers Ragheb Nashashibi angeboten werden wird.

Palästina

Die **jüdische Presse** fordert einstimmig die restlose Erfüllung des Mandates. „Dawar" betitelt seinen Leitartikel: „Soll das ein Judenstaat sein?", und erklärt: „Das wäre ein Judenstaat ohne Juden, ein Zionismus ohne Zion." Ein Judenstaat sei undenkbar ohne Jerusalem und ohne den Negew, der einzigen Bodenreserve, die keine Nation außer den Juden wieder zum Leben zu bringen vermöge. Wenn England auch am Mandat verzweifle, so sei die Judenheit nicht gewillt, den Geist, der dem Mandate innewohnt und der ihn geschaffen hat, aufzugeben; die Juden werden nie zulassen, daß der Gedanke eines Judenstaates zu einem Betrug herabsinke. „Haarez" bemerkt, daß wenn das Ziel des Zionismus in der Erlangung des Rechts auf eine Existenz als Gemeinschaft bestanden hätte, so wäre der Bericht der Kommission ein Schritt auf diesem Wege gewesen; der Zionismus erstrebe jedoch die Erlösung von Volk und Boden. Das Mandat sei ein heiliges Pfand, das England anvertraut worden ist; das jüdische Volk werde in seinem Kampf um die Beibehaltung des Mandates nicht allein stehen.

„Palestine Post" stellt in Abrede, daß das Mandat undurchführbar sei. Dem Mandat sei nie eine Chance gegeben worden, da die Saboteure belohnt, diejenigen aber, die es unterstützten, entmutigt worden seien. Der vorgeschlagene Judenstaat bliebe, wenn ihm Jerusalem genommen würde, ohne Kopf; die Siedlungen beim Jordan würden abgeschnitten, das Rutenberg-Werk und die Tote-See-Konzession unter Doppelkontrolle gestellt werden. Die Behauptung des High Commissioner, daß das Mandat eine Chance gehabt hätte, sich zu bewähren, sei nicht aufrecht zu erhalten.

„Dor Hajom" (nicht zu verwechseln mit „Doar Hajom), ein eigens zu diesem Zwecke von der Gruppe Bnei Benjamin in Nathania unter Schriftleitung von Ittamar Ben-Avi herausgegebenes Eintagsblatt, begrüßt freudigst den vorgeschlagenen Judenstaat. Die Teilung des Landes eröffne die Aera des dritten Judäa. Dies sei der größte Augenblick in der Geschichte Israels seit Zerstörung des Tempels.

Nach einer zweistündigen Sitzung hat das Arabische Oberste Komitee eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt, daß der fruchtbarste Teil Palästinas, einschließlich von Haifa, Akko, Safed und Tiberias dem Judenstaat zufallen werde. Das Komitee kündigt an, daß es sich sofort mit den arabischen Herrschern sowie mit maßgebenden Kreisen in Palästina selbst beraten werde, um die Richtlinien der arabischen Politik festzulegen. Es appelliert an die Araber, leeren Versprechungen keinen Glauben zu schenken, am nationalistischen Programm festzuhalten und die Ruhe zu wahren.

Meir Großman für Annahme der Alternativ-Vorschläge

Warschau. (JTA.) Der Präsident der Judenstaatspartei und Vizepräsident des Zionistischen Aktions-Komitees, Meir Großmann, hat der Jüdischen Telegraphen-Agentur eine Erklärung über den Teilungsplan übergeben, in der es u. a. heißt:

„Das jüdische Volk muß mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Teilungsplan bekämpfen und eher die von der Kommission empfohlenen Alternativ-Vorschläge annehmen. In diesem Falle hätten wir zwar während der nächsten fünf Jahre mit einer sehr geringen Einwanderung zu rechnen, doch ist dies noch immer der Teilung vorzuziehen, die alle großen Hoffnungen des Zionismus für ewig zerstören würde."

Ein Jahr Zuchthaus, weil er eine Arierin küßte. Die „Pariser Tageszeitung" meldet aus Breslau: Ein Jude namens Ludwig Rosenbaum wurde hier zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, weil er eine Arierin geküßt hatte, die mit ihm in seinem Wagen eine Autotour unternahm.

TARBUTH

Angenehme und nutzbringende Ferien verbringt der Zionist in der 4. hebräischen Sommerschule der Tarbuthorganisation in Stubn. Teplice (Slowakei). Sie bieten: Schönen Sommeraufenthalt im Herzen der Slowakei, Heilkuren und Bäder, Ausflugsmöglichkeiten in die Tatra und die schönen slowakischen Städte: Sliač, B. Bystrica, Kremnica usw. Sport: Tennis, Schwimmen, Angeln, Pflege der hebr. Sprache, Unterricht von erstklassigen Lehrern, kulturelle Veranstaltungen, Gemeinschaft mit Zionisten und Freunden der hebr. Sprache. Die Leitung hat Herr Prof. Berlfein vom hebr. Gymnasium in Mukačevo übernommen. — Preise: Einzelzimmer von 10 Kč aufwärts in Privathäusern bei Unterbringung von 2 und mehr Personen in einem Zimmer entspr. niedriger. Zimmer im Badehause und Dependancen von 8 Kč. Einzelzimmer von 12 Kč. Reichliche koschere Verpflegung dreimal täglich im Restaurant Neufeld 16 Kč für Erwachsene, für Kinder bis zu zehn Jahren 13 Kč, kurgemäße Verpflegung im Grandhotel entsprechend teuerer. Unterrichts-Beitrag 3 Kč, 10% Bedienung, keine Kurtaxe, 50% Bahnermäßigung bei der Rückfahrt. Lehrbücher: 1. Kurs: Hamatenil, 2. Kurs: Safah vaerez v. Schagarodska, 3. Kurs: Maajan v. B. Chabes. Die Teilnehmer, welche die genannten Bücher besitzen, wollen sie mitbringen, sonst können sie dieselben in St. Teplice kaufen.

Das jüdische Kinderheim, Leiterin Gitta Wantoch, in Thammühl Nr. 76, hat für August noch einige Plätze frei. Auf Wunsch Referenzen von Eltern. Anmeldungen direkt in Thammühl.

KLEINER AUSBLICK

Expedition nach Europa

Zwischen Athen und Istambul.

Wenn man nach mehr als zehn Jahren wieder einmal nach Europa fährt, gleicht die Reise im wahrsten Sinn einer Expedition; die dem Europäer scheinbar selbstverständlichen Dinge werden zu Sensationen, während Angelegenheiten, die im Reisehandbuch besonders angezeichnet sind, verhältnismäßig kalt lassen. So war mir die erste elektrische Straßenbahn, die ich in Piräus sah, eine weit größere Sensation, als die Akropolis eine halbe Stunde nachher. Uebrigens die Akropolis: wenn man von Jerusalem kommt, gibt ihr Anblick keinerlei seelische Erschütterung. Nicht allein, weil man in Palästina tagtäglich auf historische Ueberreste weit größeren Alters stößt, sondern weil man sofort das Gefühl hat, daß dieses mächtige Ruinenfeld Museum ist, Erinnerung an etwas unwiderruflich Abgeschlossenes, zu dem es selbst für die Bewohner dieses Landes keine lebende, seelische, also mehr als geschichtliche Verbindung gibt. Dort drüben aber, in Palästina sind alle die echten und auch die erwiesen historisch falschen Erinnerungsmale Stufen einer noch lebenden Heiligkeit ungebrochener Kontinuität. Was hier als historische Leiche in eine durchaus andersgeartete Gegenwart hineinragt, ist dort ein noch immer lebendes Wasser gebender Fels. Hier fährt man mit der elektrischen Tram schnurstraks in eine sehr interessante Vergangenheit, dort aber geht man mühselig und sehr beschwerlich in eine Zukunft, die unzerreißbar, und ohne historische Lücke mit der Vergangenheit verbunden ist. Bei jedem Schritt über das Trümmerfeld der Akropolis wird das Gefühl stärker, daß das alte Griechenland tot ist und daß jeder noch so nationalistische Wiederbelebungsversuch in — Levante münden muß. Als ich das Museum auf der Akropolis betrat, strichen gerade Arbeiter die Betonsockel der Figuren — mit Marmorfarbe an. Auf den Sockeln standen Gipsabgüsse der Figuren, die sich im British Museum befinden. Falscher Marmor unter einen falschen Jupiter tonans — das ist das Erbe des einst ewig scheinenden Logos. Das Judentum aber, das dieser alexandrinisch-griechische Logos einst angefressen hatte, muß Gott dankbar sein für seine Zerstreuung: wäre es damals dem Hellenismus ganz verfallen, es wäre mit ihm zugrunde gegangen.

Mit Mühe finde ich mich zur Stadt zurück. Mit Mühe, denn kein Mensch hier, auch kein Polizist, auf den ich stoße, versteht eine internationale Sprache. Und würde ich ihm etwas aus der Ilias rezitieren, dann ginge es mir wohl nicht anders, als jenem amerikanischen Orientalisten, den ich einmal in Es-ssalt im Transjordanland nicht verhindern konnte, Leute auf der Straße im klassischen Arabisch des Qoran anzusprechen. Wer Es-ssalt ein wenig kennt, wird sich die Folgen leicht vorstellen können. Nichtsdestoweniger: eine sehr bärtige Sokratesbüste in einem Goldfischaquarium in der Nähe der Akropolis entschädigt für alle Mühen. Sokrates und die Goldfische — mir scheint die Sache irgendwie typisch.

Um wieder auf die Expedition zurückzukommen: Von den 40.000 Menschen, die in diesem Jahr aus Palästina nach Europa fahren, fährt genau ein Prozent mit mir auf dem Schiff Polonia. Man hat die Möglichkeit, ein paar statistische Probleme durchzudenken. So kommt man zu dem erstaunlichen Resultat, daß schon auf zwei Passagiere ein Mann der Besatzung kommt, und daß jeder Passagier nicht weniger als ein Kilo Maschinenöl und zweieinhalb Tonnen Kohle auf dieser Fahrt verbraucht. Wie die Gesellschaft dabei auf ihre Kosten kommt, sonderlich, wenn man sechs Tage lang hauptsächlich mit dem Essen beschäftigt ist, ist mir ein Rätsel.

Andere Probleme: Wenn gleichzeitig eine Bialik-Erinnerungsfeier und eine Kinovorstellung an Bord veranstaltet werden, geht die Jugend und die Touristenklasse zu Bialik, die Alten und die erste Klasse ins Kino. Oder: Im Speisesaal der ersten Klasse sitzen rund hundert Menschen. Davon gut neunzig Juden. Alle sitzen während des Speisens unbedeckten Hauptes. Die einzigen, die während des Essens die Kopfbedeckung aufsetzen, sind drei griechische Christen: ein Archimandrit und seine Begleiter.

Allem Anschein nach scheint es eine Reise der Probleme zu werden. Ich, der ich die Sitten und Gebräuche der Europäer studieren will, hoffe aber, daß die Probleme auf dem Festland leichter zu lösen sein werden, als die auf dem schwimmenden Luxushotel Polonia, wo man zu faul und sorglos dahinlebt, um die Lösung von Problemen auch nur zu versuchen. Eines aber ist sicher: die schönste und anregendste Möglichkeit, von Palästina nach Europa zu kommen, bietet die Fahrt durch die landschaftlich bezaubernden Dardanellen.

M. J. Ben-Gawriel.

Teilungsplan im Witze

Jerusalem.

Wo immer Juden leben, nimmt ihr Witz zu jedem wichtigeren Ereignis Stellung. Wie erst in Erez Irael, dem altneuen Zentrum unseres Volkstums, und wie gar in einer Zeit, da in Erwartung des Berichtes der Royal Commission die Gerüchte von der Teilung des Landes nicht verstummen wollen. Dabei spiegelt der Witz naturgemäß die Buntheit der Stimmungen und Meinungen treulich wieder.

Recht geschlossen kehrt er sich gegen die Teilung. Als ein Beispiel, das deren praktischen Nonsens treffend geißelt, diene folgendes Zwiegespräch: „Gottlob, daß wenigstens alle jüdischen Parteien in der Ablehnung einig gehen, diesmal mitsamt den Agudisten; die sind sogar am schärfsten dagegen." — „Und warum das?" — „Aus Angst, sie kommen, wenn man beim Schmoneessre die drei Schritte rückwärts macht, schon in den arabischen Teil . . ."

Ein Unterton der Genugtuung immerhin, daß unser Volk — den Leiden des Befreiungskampfes zum Trotz — sich der seelischen Knechtschaft der Galuth entwindet, liegt in der aktuellen Frage: „Und was wird bei der Teilung aus unseren Freunden in Sarona?" Bekanntlich sind ja die Bewohner dieses Dorfes bei Tel Awiw meist waschechte Nazi. Antwort: „Ihr Status ist klar. Jüdische Staatsbürger christlichen Glaubens!"

Im Bukett jüdischen Witzes darf die scharfduftende Blüte der Selbstverspottung nicht fehlen. „Und wohin gehört eigentlich Rechawiah?" Das ist jenes Nobelquartier Jerusalems mit starkem Zuzug von Einwanderern, aus Deutschland zumal. „Wohin?" Zum Kanton Iwrith." — ?? — „Nun, ja, kan Ton Iwrith!"

Der Geist des Jischuw, der Schlimmes wie Gutes der politischen Gestaltung mit so raschem Witz erfaßt, wird sich auch in ernster Entscheidung behaupten.

Dr. E. M. Zweig.

Bevölkerungsbewegung in Palästina

Tel Awiw.

Aus den soeben veröffentlichten Statistiken über die Bevölkerungsbewegung in Palästina im ersten Vierteljahr 1937 ist zu ersehen, daß die Zahl der jüdischen Geburten 2630 gegenüber 2878 in demselben Zeitraum des vorangegangenen Jahres betragen hat. Dagegen ist bei den Mohammedanern die Geburtenzahl von 12.240 im ersten Vierteljahr 1936 auf 13.018 im ersten Vierteljahr 1937 gestiegen. Auch bei den Christen war eine Erhöhung der Geburtenzahl von 1051 auf 1164 festzustellen.

Auf je 1000 Einwohner sind in diesem Jahre bei den Juden 27,6 (im vergangenen Jahre: 32,0), bei den Mohammedanern 65,9 (63,3), bei den Christen 43,2 (39,7) Geburten entfallen. Die Zahl der Todesfälle betrug bei den Juden 8,6 (1936: 7,9), bei den Mohammedanern 22,5 (21,6), bei den Christen 13,9 (13,8) Promille. Der Geburtenüberschuß auf je 1000 Einwohner betrug im ersten Vierteljahr 1937 bei den Juden 19, bei den Mohammedanern 43,4 und bei den Christen 20,7.

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Unseren Delegierten zum Geleite

Es wird auf dem bevorstehenden Kongreß und auf der Tagung der Jewish Agency dringend notwendig sein, daß die Delegierten aller Schattierungen nicht so sehr darauf bedacht sind, ihre Sonderinteressen zu wahren, daß sie vielmehr bemüht sind, alles Gemeinsame und Konstruktive zu betonen. Es müssen von einer Gruppe zur anderen Brücken führen, es muß eine Verbindung sein, wie eben zwischen zwei Ufern. Nicht alle Delegierten haben die Eignung, sich von dem Programm, auf das sie gewählt wurden, in entscheidenden Augenblicken, bei denen es auf das rein Menschliche ankommt, zu befreien. Aber je weniger solch starrer Nichtdogmatiker es geben wird, desto mehr werden wir uns der Weizmann-Synthese nähern, die in der Mitte stehend, volles Verständnis hat für die Arbeiterschaft Erez Israels und die übersieht, welche positiven Kräfte auch im religiösen Judentum vorhanden sind. Als Beispiel führe ich an: Dr. Rufeisen gehört der Partei der Mitte an, hat aber zur Arbeiterschaft so gute Beziehungen, daß er berufen ist, einer der „Menschen der Brücke" zu sein. Ebenso Fini Brada. Sie ist aufs linke Programm gewählt, arbeitet aber seit Jahren in der Wizo, hat daher volles Verständnis für alles, was die Parteien der Mitte bewegt.

Es kommt in den kommenden Augusttagen aber nicht bloß darauf an, wie das zionistische Parlament nach innen wirkt, es wird vielmehr noch darauf ankommen, wie es nach außen wirkt: nach England und nach Genf, auf die Araber und auf die Juden. Ich habe in den letzten Tagen von überzeugten Nichtzionisten, von Juden, die selbst der Besuch Palästinas nicht belehren könnte, gehört: „Es ist unglaublich, was die Zionisten erreicht haben, ich hätte es nie für möglich gehalten, daß in dieser Generation die Juden einen eigenen Staat bekommen. Jetzt kann es wieder einen Sinn haben, sich offen zum Judentum zu bekennen."

So werden jetzt Hunderttausende oder Millionen von Juden denken — sofern sie überhaupt denken —; daher darf der Kongreß nicht ein Chilul haschem sein, er muß ein Kidusch haschem werden. Wir dürfen durch einen würdelosen Kongreß diese Juden, die durch das besondere historische Ereignis endlich auf unser Werk aufmerksam geworden sind und bereit sein werden, den Weg zu uns zu betreten, nicht sofort wieder abstoßen. Der Aufbau des Staates Erez Israel wird weit mehr Kräfte erfordern als der Aufbau des Jischuw in Palästina. Jetzt und in den nächsten Jahren ist die Möglichkeit gegeben, das zu erzielen, was in der Zeit nach San Remo, was der erste Keren-Hajessod-Appell nicht erzielt hat und was auch die Jewish Agency nicht erreicht hat: eine Mobilisierung der Menschen und ihrer heute noch nicht geringen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte.

Ing. Emmerich Hoffmann.

✤

In größter Sorge um das Schicksal Erez Israels, des jüdischen Volkes und der Idee des Zionismus fordern wir die Delegierten des XX. Zionistenkongresses auf, unbedingt jeden Teilungsplan Palästinas abzulehnen. Wir sind überzeugt, daß das jüdische Volk lieber einen harten Kampf mit allen seinen Konsequenzen auf sich nehmen wird, als sich durch Annahme von Scheinlösungen seiner ewigen Rechte zu begeben.. Der vorgeschlagene Teilungsplan stellt einen eklatanten Bruch der uns im Mandat gegebenen Zusicherungen dar. Wir glauben, daß wenn das jüdische Volk fest bleibt, die Nationen, die das Mandat unterschrieben haben, uns ihre Unterstützung nicht versagen werden, da bestimmt keine der beteiligten Mächte an eine solche Lösung der Palästina-Frage gedacht hat. Delegierte des Kongresses! Das ganze jüdische Volk blickt auf euch. Es geht um unser Schicksal.

Zionistische Ortsgruppe Zwittau.

INLAND

Kreistreffen der Jüdischen Partei

Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß am 7. und 8. August 1937 anläßlich der Výstava Slovácka in Uherské Hradiště ein Kreistreffen aller mährisch-schlesischen Kreise und des westslowakischen Kreises veranstaltet wird. Das Programm dieser Tagung ist folgendes:

Samstag, den 7. August, 20 Uhr, Kreistagung des Arbeitskreises Olmütz-Ung. Hradisch im Hotel „Grüner Baum".

Sonntag, den 8. August, 9 Uhr vormittags, Meeting im Saale der Städtischen Redoute mit den Referenten: Ing. Ernst Frischer, Vorsitzender der Partei, Begrüßung; Dr. Vojtěch Winterstein, Bánovce, Mitglied der Exekutive, über das Thema „Situation der Judenschaft und was weiter?". Viktor Fischl über Probleme der jüdischen Jugend. Anschließend daran findet ein gemeinsames Mittagessen statt und dann folgt Besuch der Ausstellung.

Nähere Auskünfte, respektive Anfragen, beantwortet Herr Otto Jellinek, Staré Město u Uh. Hradiště, an welchen auch bindende Teilnehmeranmeldungen zu richten sind.

Nicht bewilligte Aktion. Herr Dr. Samuel Kober aus Breslau wollte für die Moriah-Schule in Tel Awiw eine Aktion durchführen, die von der Dreierkommission der zion. Organisation für die Tschechoslowakei nicht bewilligt wurde.

Der Bundestag des Techelet Lawan findet am 17. und 18. Juli in Bohousová bei Zamberk statt. Programm: 17. Juli, abends: Eröffnungsfeier; 18. Juli, vormittags: Hans Lichtwitz: „Der Weg unserer Generation", Jizchak Feniger: „Unser Zionismus"; nachmittags: Rechenschaftsbericht der Bundesleitung. Debatte; abends: Abschlußfeier.

PRAG

Uebersiedlungsanzeige. Dozent Dr. Paul Mahler ist nach Prag V., Valentinská 14, übersiedelt. Telephon 644-33.

Uebersiedlungsanzeige. Advokat JUDr. Gerhard Taussig übersiedelte mit seiner Kanzlei von Prag II., Václavské nám. 4, nach Prag I., Melantrichova 5, Tel. 249-25.

Prager Mustermesse. Im Nachfragedienste der Prager Mustermesse liefen folgende Nachfragen nach tschechoslowakischen Erzeugnissen ein: 3641 — Palästina (Jerusalem) Tafelporzellan, Glas-Tafelservice, Gläser, Textilien, Möbelstoffe, Papierwaren, kaustische Soda, Strickwaren. 3663 — Palästina (Tel Awiw) Lederhandschuhe u. a. Waren. — Adressen kostenlos durch den Nachfragedienst der Prager Mustermesse, Prag VII., Messepalast. Anzuführen sind Stadt und Nummer der Anfrage. e.

Klub jüdischer Kaufleute in Prag. Zusammenkunft der Mitglieder jeden Donnerstag, 8 Uhr abends im Café Urban. e.

BRÜNN

Chewra Kadischa Brünn. Der bisherige Wortlaut des Vereines Chewra Kadischa Chaiascha, Neue Beerdigungs-Brüderschaft, wurde auf Grund des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 24. Juni 1936 zufolge Erlasses der Landesbehörde in Brünn, Zahl 20.073/III—13, in den Wortlaut: Chewra Kadischa, Israel. Beerdigungs-Brüderschaft, Brünn, abgeändert. Anschrift: Glacis (Koliště) 57. Der Vereinsvorstand.

Richtigstellung. In dem Artikel „Besuch in der Brünner Chaluzfarm" in der letzten „Selbstwehr" soll es statt Hugo richtig Otto Karplus heißen.

TURNEN UND SPORT

Prof. Brodetskys Brief

Prof. Brodetsky, der Präsident des Makabi-Weltverbandes, richtete an die Teilnehmer des Turnfestes in Žilina einen Brief, in dem er nach dem Ausdruck des Bedauerns, daß seine Pflicht ihn in London zurückhalte, schreibt: Makabroth und Makabim! Einigkeit war immer erstrebenswert. Die Periode, die wir jetzt durchleben, kann das jüdische Schicksal der nächsten Zukunft entscheiden. Wir können uns heute den Luxus der Uneinigkeit weniger leisten denn je. Wir brauchen Disziplin in ihrer wahrsten und edelsten Form: Selbstdisziplin. Wir brauchen die disziplinierte, ihren hohen Idealen zustrebende Jugend. Wir brauchen jenen Geist, der sich einordnet und mitarbeitet. Der Makabi schult den Körper und schult ihn im richtigen Geist. Hier ist es wirklich der Geist, der den Körper des einzelnen und damit zugleich den Volkskörper baut, die Zukunft der Nation. — 40 Jahre lang führte Moses von Gott geleitet sein Volk durch Wüsten, bis er es das Gelobte Land betreten ließ. Hätte man versucht, den langen Weg abzukürzen, das Volk wäre nur weiter weg vom Ziele, wäre vielleicht nie ans Ziel gelangt. Es war und ist nicht leicht zu führen. Es ist auch nicht immer leicht zu gehorchen, doch der Geist der Kameradschaft macht beides möglich: das Gefühl jedes von uns, daß er sich auf den anderen verlassen kann und nie im Stich gelassen werden wird. — Auch der Zionismus ist schon 40 Jahre alt. Er ist noch nicht am Ziele, aber was war er vor vier Jahrzehnten? Was war der Makabi damals? Zwei oder drei kleine jüdische Turnvereine. Doch es war der Kern. — Wir sind noch weit vom Ziele, aber wir haben einige wichtige Etappen überwunden, wir haben uns und der Welt bewiesen, daß wir auf dem Marsche sind, gewillt den Weg bis zu Ende zu gehen, trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Hindernisse, trotz aller Mühsal. Wir haben keine Wahl! Unsere Aufgabe ist so klar, weil es keinen anderen Ausweg gibt und somit kein Ausweichen und kein Abweichen. Wir appellieren nie an die Gewalt, sondern an den Geist und die Gerechtigkeit, wir vertrauen auf diese Mächte, sie werden siegen. Das ist es, was wir haben müssen, Vertrauen in uns und unsere Kraft, in unsere Führer und unsere Mannschaft.

* * *

Bemerkungen zum III. Kreisturnfest

Der unbestrittene Erfolg der Turntage wurde in der gesamten tschechischen und besonders slowakischen Presse voll anerkannt. Nur die Hlinka-Blätter und Blättchen sind nicht zufrieden. Auch der Bezirkshauptmann Dr. Jesenský war nicht zufrieden — mit einigen Silleiner Juden, die er Montag auf einer Amtsreise traf und denen er Vorhaltungen machte, daß sie während eines solchen Ereignisses die Stadt verlassen hätten.

✣

Die Prager tschechischen Zeitungen wurden leider über das Turnfest nicht ausreichend und genügend schnell informiert. Es geht nicht an, daß die hauptstädtischen Blätter auf die einseitig informierten Mitteilungen einer deutschen Zeitung angewiesen sind und daß das čsl. Preßbüro noch 24 Stunden nach Beendigung der Festtage vergeblich nach Berichten telephoniert. Eine seltene Gelegenheit, der Prager tschechischen Presse näher zu kommen, ging verloren.

✣

Einen ausgezeichneten Eindruck hinterließ der Makabi Hazair in bezug auf Disziplin und Leistung. Sowohl im Festzug, als auch beim Schauturnen und der Turnakademie wurde die Makabi-Jugend lebhaftest begrüßt. Dabei war ihre Leistung ganz erstaunlich: vom gemeinschaftlichen Auftreten auf dem Festplatz im Geschwindschritt in die Kabinen, Wanderdreß abgelegt, Turndreß angelegt und schon wieder bereit für die Massenfreiübungen. Bei der Turnakademie pendelten die Dreierreihen des Makabi Hazair zwei Stunden zwischen Makabi-Turnhalle und Theater hin und her, denn die Doppelveranstaltung erforderte ihr insgesamt viermaliges Auftreten in den beiden Lokalen. Eindrucksvoll auch die geordnete korporative Abfahrt des Makabi Hazair in seine verschiedenen slowakischen Lager.

✣

Landesinspektor für Körperkultur und Obmann der Sokolžupa Hviezdoslav Tesař gab freimütig seiner Bewunderung über das gelungene Turnfest Ausdruck, ohne mit seiner Kritik zurückzuhalten. Besonders gut gefielen ihm die Auf- und Abmärsche, denen, wie er sagte, außer dem Sokol in der Slowakei keine andere Turnorganisation Gleichwertiges entgegenzustellen habe. Weiters die Frauen- und Männerfreiübungen, die er als sehr schwierig bezeichnete und deren Durchführung in ihrer Exaktheit ihm außerordentlich gefiel. Das Geräteturnen der Männer war seinem Urteile nach höchste Klasse. Ungünstig äußerte er sich über die Zöglingsfreiübungen, die für ein Massenauftreten nicht geeignet seien, über das Geräteturnen der Frauen und die Musik zu den Zöglings- und Frauenfreiübungen.

✣

Prof. Adamko, der Turnwart des Sokol Žilina und Turnlehrer an der dortigen Mittelschule, hat dem jüdischen Sport schon zwei hervorragende Sportler herangezogen: Hecht und Ing. Engel. Ueber seinen Zögling Lány, der bei den Jugendbewerben der Leichtathletikwettkämpfe vier Disziplinen gewann, äußerte er sich außerordentlich günstig. Ob er hier einen zweiten Ing. Engel hervorbrachte?

Hagibor schlägt Slavia 56:50

Freund an der 44-m-Grenze.

Eine der Prager Sportsensationen des letzten Sonntags war der Sieg der Hagibor-Leichtathleten über den tschechoslowakischen Staatsmeister Slavia, der in leichtfertiger Unterschätzung seines Gegners nicht mit seiner stärksten Mannschaft zum Meisterschaftskampf der I. Klasse des Prager Gaues auf dem Hagibor-Platz antrat, über den ein heftiger Wind, zeitweilig Regenschauer jagte, und stark auf die Leistungen drückte. Der Held dieses Vormittags war P. Freund, der mit einer Weite von 43.90 m im Diskuswerfen nicht nur einen neuen tschechoslowakischen Makabirekord erzielte, sondern mit dieser Leistung sich auch als der heuer beste tschechoslowakische Diskuswerfer erwies und damit hätte die tschechoslowakische Meisterschaft überlegen gewinnen können. Dabei hatte Freund nur 2 gültige Würfe, während die anderen an die 46-m-Grenze gingen. Sein Bruder Kurt konnte zum erstenmal im 100-m-Lauf Fischmann knapp schlagen. Dieser lief im stürmischen Wind ein ausgezeichnetes 400-m-Rennen. Blödy gewann leicht 2 Läufe, Goldschmiedt und Schwarz sind noch immer von ihrer Höchstform weit entfernt. Petschau konnte am Wettkampf nicht teilnehmen, sonst hätte der Sieg noch höher ausfallen können. Die Ergebnisse waren: 100 m: 1. K. Freund 11,4, 2. Fischmann. Brustweite. — 400 m: 2. Fischmann 55.0. — 800 m: 1. Blödy 2:07.9, 2. Goldschmiedt 2:08.6. — 1500 m: 2. Goldschmiedt 4:35,4, 3. Schwarz, 4. (außer Konkurrenz) Ertl. — 5000 m: 1. Blödy 16:47.9. — 4 mal 100 m: 1. Hagibor (Baldus, Fischmann, Wasser, Freund K.) 47.0. Kugel: 2. Freund P. 12.26 m. — Speer: 3. Freund. Diskus: 1. Freund 43.90 m (Makabirekord). Weitsprung: 1. Wasser 619 m, 4. Deutsch, außer Konkurrenz. 3. Wilheim 580. — Hochsprung: 1. Wasser 160 cm, 3. Goldschmiedt 155 cm. — Stabhochsprung: 2. Borger 275 cm. Samstag fahren die Hagibor-Athleten zu einem Freundschaftsklubkampf nach Kladno.

Makabi-Weltrekord in Wien. Bei den österreichischen Staffelmeisterschaften gewann Hakoah die 4×400-m-Staffel in der neuen Makabi-Weltrekordzeit von 3:25 Min., was einen 400-m-Durchschnitt von 51.2 Sek. bedeutet. Die Aufstellung lautete: Kaiser, Deutscher, Kalo, König. Ueber 4×100-m- lief Hakoah die ausgezeichnete Zeit von 43.7 Sekunden. — Kaiser lief in der letzten Zeit in 1:56.8 Min. und 1:57 Min. über 800 m seit 8 Jahren von keinem Makabi-Läufer erzielte Zeiten. Bergmanns Makabiweltrekord steht auf 1:55.5 Min.

Die Hagiborschwimmer in der Slowakei

Eine sehr starke Mannschaft des mehrfachen tschechoslowakischen Meisters Hagibor Prag weilte in der Vorwoche auf einer Propagandareise durch die Slowakei. In den ersten beiden Tagen spielten die Prager, wie bereits berichtet, in Žilina, wo sie einen starken Eindruck hinterließen. Von Žilina fuhr die Expedition nach Báňská Bystrica, wo am Mittwoch ein Meeting bei Abendbeleuchtung stattfand, das einen Rekordbesuch von 500 Zuschauern aufwies. Die Prager wurden sehr herzlich aufgenommen und errangen auch hier durchwegs überlegene Siege im Schwimmen und Wasserball, um so mehr, da sie durch Beck, Beran und Rado verstärkt waren, die von den Repräsentativkämpfen aus Pistyan nachgekommen waren, Fischer kam erst am Samstag aus Prag nach Kaschau nach, wo im dortigen neuen Strandbad der Kaschauer Makkabi Veranstalter eines hübschen Abendmeetings war, das trotz der nicht sehr einladenden Witterung sehr gut besucht war und den Gästen in neun Bewerben ebensoviele Siege nebst mehreren zweiten Plätzen brachte. Abgeschlossen wurde die Fahrt durch einen Start in Prešov, wo sich der sehr rührige Makabi Prešov unter der Führung seines agilen Obmannes Friedmann sehr um die Expedition der Prager bemühte und sie auch ganz ausgezeichnet verpflegte. In Prešov verfolgten an 300 Zuschauer die interessanten Kämpfe ebenso wie 2 Wasserballspiele, die durchwegs Siege der Prager brachten. Bloß Kuhn (M. P.) lieferte Graumann (Hag.) ein totes Rennen über 100 m Brust (1:24 Minuten). Montag früh kehrte die Expedition wohlbehalten nach Prag zurück. Sie errang insgesamt 38 Siege in Schwimmwettkämpfen und ein Score von 69:8 in 7 Wasserballspielen. Aber mehr als das. Sie erfüllte überall, wo sie startete, durch ihr Auftreten die Sendung des jüdischen Sportes und gewann diesem wiederum zahlreiche neue Freunde.

Bar Kochba Bratislava gegen Slavia 7 : 2. Durch diesen überlegenen Sieg, den die Preßburger vor allem ihrer größeren Schnelligkeit verdanken, gelangte Bar Kochba unter die 4 Finalisten der čsl. Wsserballmeisterschaft. Die Tore schossen Dr. Steiner (5), Baderle und Frucht. In den Schwimmwettbewerben siegte Abeles über 200 m Brust in 3:03.3 Min. — Die Bar-Kochba-Schwimmer gingen Dienstag bei einem Meeting in Kaschau gegen beste ungarische Schwimmer an den Start, erreichten aber außer Baderle nicht ihre gewohnten Leistungen. Földes wurde über 100 m Freistil dritter in 1:04 Min., Frucht im 400-m-Freistilschwimmen zweiter in 5:31 Min., Baderle gewann 100 m Rücken in 1:13.8 Min. und Abeles belegte über 200 m Brust den zweiten Platz in 2:57.8 Min. Die Lagenstaffel der Preßburger wurde hinter den Ungarn in 3:39.4 Min. zweite.

Makabi Prostějov—SK. Baťov 1 : 1 (0 : 0). Das letzte Qualifikationsspiel um den Aufstieg in die I-A-Klasse des Hanakischen Gaues absolvierte Makabi auf seinem eigenen Platze vor 900 Zuschauern. Makabi leitete das Spiel mit gefährlichen Angriffen ein. In der 2. Halbzeit gelang es Makabi, ein Tor durch Halpert zu erzielen, jedoch 8 Minuten darauf erzielten die Gäste durch einen Fehler der Makabi-Verteidiger den Ausgleich. Der Tormann Spiegel vom Makabi wurde verletzt. Der Schiedsrichter war ausgezeichnet. Makabi steigt als Zweiter des Qualifikationsturniers auf. Ende Juli fährt Makabi Prostějov nach Wien zu einem Freundschaftsspiel mit einem Wiener Ligaverein. Makabi hat, wie zu ersehen, auch im Auslande Interesse erweckt und wäre es wünschenswert, wenn sie sich auch in der I-A-Klasse so brav durchkämpfen würden.

Makkabäa Bratislava gegen IČsSK. Bratislava 1:7 (1:2). Makkabäa konnte dem in stärkster Aufstellung antretenden Ligaklub nur in der ersten Halbzeit Widerstand entgegensetzen. — Makabi Košice gegen SK. Těhelná 2:4 (2:1).

Zum tragischen Tod Dr. Jakob Wieners. Seit seiner Kindheit gehörte unser unvergeßlicher Kobi dem Makabi an, der ihm nicht nur Betätigungsfeld und Uebungsstätte, sondern ein gutes Stück seiner Lebensaufgabe war und dem er bis zu seinem tragischen Tode treu blieb. Aus Bielitz zur Fortsetzung seiner Studien nach Prag kommend, stellte er sich hier sofort dem Makabi zur Verfügung und wurde als einer seiner besten Turner zur I. und II. Makabiah, sowie zu zahlreichen anderen Turnwettkämpfen entsandt. Auch als ausgezeichneter Skifahrer feierte er viele Siege und auf dem Gebiete des Wintersportes leistete er in der letzen Zeit als technischer Leiter des Jüdischen Wintersportverbandes Hervorragendes. Auch in Wien, wohin er vor 3 Monaten zur Fortsetzung seiner Studien übersiedelte, setzte er seine initiative Tätigkeit im Makabi fort, aus der ein tragisches Geschick ihn uns in der Blüte seiner Jugend entriß. — Der Makabi Prag wird zu Beginn des Turnbetriebes in einer besonderen Trauersitzung seiner gedenken.

Makabi Hazair. Anläßlich des 3. Kreisturnfestes des čsl. Makabi kamen in Žilina an 450 Chawerim des Makabi Hazair aus allen Ortsgruppen (Gdudim) zusammen. Die Chawerim des Mak. Hazair beteiligten sich an dem allgemeinen Programm des Kreisturnfestes, an den Freiübungen und Gerätemeisterschaften. Der einwandfrei organisierte Umzug des Makabi Hazair wirkte durch seine Einheitlichkeit und Größe. Am zweiten Tage nachmittags fand eine interne Pegischah des Makabi Hazair statt. Sie wurde durch einen feierlichen Appell eröffnet, bei dem nebst den Chawerim der Bundesleitung der Obmann des čsl. Makabikreises Ch. Arthur Herzog sprach. Bei diesem Appell wurden 10 Bücherpreise im Auftrage der Landesleitung des KKL. an jene Gdudim, die am meisten ihr Kontingent in der Aktion „Hagalilah" überschritten, verteilt. Nachher folgten Sichot, Lieder und sportliche, turnerische und skautische Kampfspiele der einzelnen Kwuzoth. Die Pegischah wurde wiederum mit einem feierlichen Appell geschlossen.

Makabi Teplitz-Schönau. Durch den ganz unerwarteten und plötzlichen Heimgang von Karl Frankl, welcher am 1. Juli 1937 verschieden ist, hat der Makabi, Teplitz, einen seiner treuesten und pflichtbewußtesten Mitarbeiter verloren, dem er ein stets ehrendes, dankbares Gedenken bewahren wird. — Zur Erinnerung an unseren lieben Chaver und Vereinskassier wird die Makabi-Reisekassa künftig „Karl-Frankl-Reisekassa" benannt werden. (Die Makabi-Vorstandsmitglieder haben dieser Kassa, resp. diesem Fonds in treuem Gedenken an den Verewigten, den Betrag von 200 Kč gespendet, der Verein als solcher führte aus diesem traurigen Anlaß an den KKL den Betrag von 100 Kč ab.) Karl Frankl wird in der Makabibewegung stets unvergessen bleiben. — Sein Bild mit einer Plakette wird im Zinnwalder Heim angebracht werden.

GEMEINDEN

Košice

Bar Kochba, Verein der jüdischen Hochschüler in Košice, hielt am 7. d.M. die IX. ordentliche Generalversammlung bei Anwesenheit zahlreicher Mitglieder und Gäste ab. Die Neuwahlen brachten das folgende Ergebnis: Präses: Gábor Török, Vizepräses: Josef Weisz, Sekretär: Mendel Katz, Kassier: Miklos Kovács, Revisoren: Juraj Weisz und Endre Klein, Schriftführer: Naftali Morgenstern, Vorstandsmitglieder: Izso Altmann, Ladislav Aschheim, Sandor Blumenberg, Adolf Wald, Paul Janowitz, Ruven Spira und Albert Winkelsberg.

Marienbad

Die Zion. Ortsgruppe veranstaltete am 5. Juli d. J. im Saale des „Hotel Walhalla" die Herzlfeier, die von hunderten Kurgästen besucht war. Die Gedenkrede hielt Dow Biegun, der es verstand, das Lebenswerk Theodor Herzls mit der Gegenwart zu konfrontieren, die dem jüdischen Volke den „Judenstaat" bringen soll. — Die Zuhörerschaft, die sich aus Juden aus der ganzen Welt zusammensetzte, stand unter dem Banne der tiefdurchdachten Gedenkrede. Führende Zionisten aus Südafrika und Finnland forderten Herrn Biegun auf, auch in ihren Ländern für die zionistische Idee zu werben. In seinem Schlußworte wies der Obmann der Zion. Ortsgruppe Dr. Otto Stern darauf hin, daß die Arbeit für die Erlösung des Bodens in Erez Israel den Angelpunkt der zionistischen Bewegung bilde und unterstrich die Bedeutung der Galilaktion, besonders in dieser Zeit. Die Zion. Ortsgruppe entfaltet besonders im Sommer während der Kursaison ihre Aktivität und bilden die zionistischen Abende, die jeden Montag im „Hotel Walhalla" stattfinden, einen wichtigen jüdischen Mittelpunkt des Kurortes, an denen Referate und Diskussionen über alle wichtigen Probleme des Judentums gehalten werden.

Mukačevo

Herzl — Bialik-Feier. Die „Liga für das arb. Erez Israel" veranstaltete am 7. Juli eine gut besuchte Herzl—Bialik-Feier. Prof. Izakovics gab einen kurzen Querschnitt durch die Entwicklung Herzls und legte die aktuelle Bedeutung seiner Persönlichkeit und seines Werkes für den gegenwärtigen schweren Moment dar. Dr. Bergenbaum umriß die Gestalt des großen Mahners Bialik und betonte besonders seinen Einfluß auf die Generation der Verwirklichung. Die beiden Vorträge waren von einem Singchor und hebräischen und jiddischen Rezitationen aus Bialiks Werken umrahmt. Zwi Birnbaum sang Bialik-Lieder. — Es war der erste gelungene Versuch, das zionistische Leben auch in der Ferienzeit durch Veranstaltungen zu beleben.

Teplitz-Schönau

Ende Juni wurde hier wie alljährlich eine Schlußfeier der hebräischen Schule im Rahmen der Kultur-Sektion Tarbuth veranstaltet. Die Kinder erschienen festlich gekleidet, um ihre Zeugnisse in Empfang zu nehmen und um den Eltern und den zahlreich erschienenen Gästen Proben ihres Könnens zu liefern. Der Vorsitzende, Herr Dr. Pachner, selbst einer der eifrigsten und besten Iwrit-Schüler, begrüßte die Anwesenden und legte in einer in exquisitem Hebräisch gehaltenen Ansprache den Wert unserer hebräischen Schule und des Tarbuth dar. Hierauf erstattete Herr Mor. Reich (ebenfalls Hebräisch) den Tätigkeitsbericht. Und dann produzierten sich die Kinder; alle hatten sie etwas zu sagen; und es war wirklich eine Freude, zu sehen, wie diese jüdischen Kinder, von den kleinsten ABC-Schützen bis zu den reiferen Mittelschülern dank der hingebungsvollen, ernsten und gewissenhaften Arbeit unseres vortrefflichen Lehrers, des Herrn Kreindler, mit der hebräischen Sprache und Kultur vertraut geworden sind. Das Programm war sehr geschmackvoll zusammengestellt; es wurden Gedichte deklamiert, Prosastücke rezitiert, Geschichten erzählt, Biographien, historische Skizzen gegeben, besonders wirkungsvolle Stücke aus den Propheten und der Thora vorgetragen — sehr abwechslungsvoll, lehrreich, interessant und ausgezeichnet dargeboten. Herr Lehrer Kreindler hielt noch den Kindern eine hebräische, den Gästen eine deutsche Ansprache, in der er auf Grund seiner Erfahrungen auf das Erfreuliche und auf das noch Verbesserungs- und Ausbaubedürftige hinwies. Den Schülern sowie dem Lehrer wurden aufrichtige Lobes- und Dankesworte zuteil. Der Präsident der Kultusgemeinde, Herr Dr. Cantor und Herr Rabb. Dr. Weihs gaben in schönen Worten dem Ausdruck, was alle empfanden: hier ist eine Stätte, wo wirkliche jüdische Kulturarbeit geleistet wird, wo die Kinder die alt-neue Sprache unseres Volkes lernen und gleichzeitig die Kulturwerte und literarischen Schöpfungen von den klassischen bis zu den modernen in sich aufnehmen. Hoffentlich wird im nächsten Schuljahr nicht nur das Bisherige erhalten bleiben, sondern auch ein weiterer Ausbau der Hebräisch-Arbeit in unserer Stadt möglich sein. Ed. K.

Geschäftsnachrichten

Lob der Textilschuhe. Im Sommer trägt man vorteilhaft Textilschuhe. Sie sind in vollendetem Zusammenklang mit der Sommerkleidung und wirken angenehm kühlend. Deshalb sieht man so viele Textilschuhe in der Bata-Kollektion von Sommerschuhen. Es gibt dort nicht nur Damen-, sondern auch Herrenschuhe aus Textil. Damen werden von den schönen, kantigen Textilschuhen angenehm überrascht sein. Herren werden die Halbschuhe aus grauem Segel mit Lack kombiniert gut gefallen. e.

Ist es wert, nach Karlsbad einen Ausflug zu machen? Ja, denn nicht nur die Kurstadt, nein, auch die Umgebung derselben bietet dem Beschauer unvergeßliche Reize. Vergessen Sie nicht dabei die „Freundschaftshöhe", die leichtest mit der Drahtseilbahn zu erreichen ist und 200 m über der Stadt liegt, aufzusuchen. e.

Wenn Sie an heißen Tagen der Durst quält und Sie ermüdet sind, dann trinken Sie den erfrischenden und bekömmlichen Krondorfer Sauerbrunn! Seine natürliche Kohlensäure gewährleistet nachhaltige Erfrischung und sein Gehalt an medizinisch wichtigen Mineralien gibt Ihnen bei Ermüdung erneute Spannkraft wieder. e.

Herausgeber: Verein „Techijah". — Verantw. Redakteur: **Dr. Hans Lichtwitz.** — Druck: Heinr. Mercy Sohn, Prag. — Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- u. Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 285.643/VII-1936 bewilligt. — Erscheint jeden Freitag. Redaktionsschluß Mittwoch 18 Uhr. — Telephon 62630, Postscheck-Konto Nr. 45.983 und 63.372.